

INTOSAI



Z INTERNATIONALE
Zeitschrift
für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



Juli 2009

Juli 2009

Vol. 36, No. 3



INTERNATIONALE Zeitschrift FÜR STAATLICHE FINANZKONTROLLE

©2009 International Journal of Government Auditing, Inc.

Redaktionsbeirat

Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof, Österreich*

Sheila Fraser, *Auditor General, Kanada*

Faiza Kefi, *First President, Cour des Comptes, Tunesien*

Gene Dodaro, *Acting Comptroller General, Vereinigte Staaten von Amerika*

Clodosaldo Russián Uzcátegui, *Comptroller General, Venezuela*

Präsident

Helen H. Hsing (*U.S.A.*)

Chefredakteur

Muriel Forster (*U.S.A.*)

Redaktionelle Mitarbeiter

Linda J. Sellevaag (*U.S.A.*)

Außenredakteure

Office of the Auditor General (*Kanada*)

Sudha Krishnan (*ASOSAI-Indien*)

Luseane Sikalu (*PASAI-Tonga*)

CAROSAI Sekretariat (*St. Lucia*)

EUROSAI Generalsekretariat (*Spanien*)

Khemaïs Hosni (*Tunesien*)

Yadira Espinoza Moreno (*Venezuela*)

INTOSAI Generalsekretariat (*Österreich*)

U.S. Government Accountability Office (*USA*)

Verwaltung

Sabrina Chase (*USA*)

Paul Miller (*USA*)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Arturo González de Aragón, *Auditor General, Auditoría Superior de la Federación, Mexiko, Vorsitzender*

Terence Nombembe, *Auditor-General, Office of the Auditor-General, Südafrika, Erster Stellvertreter Vorsitzender*

Osama Jaffer Faquih, *President, General Auditing Bureau, Saudi Arabien, Zweiter Stellvertreter Vorsitzender*

Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof, Österreich, Generalsekretär*

Liu Jiayi, *Auditor General, National Audit Office, China*

Paul R.S. Allsworth, *Director of Audit, Cook-Iseln*

Ziriyo Bogui, *President, Chambre des Comptes, Côte d'Ivoire*

Vinod Rai, *Comptroller and Auditor General, Indien*

Hwang Sik Kim, *Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea*

Ali Al-Hesnawi, *Auditor General, General People's Committee of Institution for Auditing and Technical Supervision, Libysch Arabische Dschamahirija*

Luis A. Montenegro Espinoza, *President, Consejo Superior de la Contraloría General, Nicaragua*

Jørgen Kosmo, *Auditor General, Rikstilsregnsjonen, Norwegen*

Sergey Vadimovich Stepashin, *Chairman, Accounts Chamber, Russische Föderation*

Albert Edwards, *Director of Audit, National Audit Office, St. Kitts und Nevis*

Árpád Kovács, *President, Allami Számvevőszék, Ungarn*

Clodosaldo Russián Uzcátegui, *Comptroller General, Venezuela*

Tim Burr, *Comptroller and Auditor General, National Audit Office, Vereinigtes Königreich*

Gene Dodaro, *Acting Comptroller General, Government Accountability Office, Vereinigte Staaten von Amerika*

Die *Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices) erbeten:

U.S. Government Accountability Office

Room 7814, 441 G Street, NW

Washington, D.C. 20548

U.S.A.

(Tel: +202-512-4707; Fax: +202-512-4021;

e-mail: intosaijournal@gao.gov)

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird an die Mitglieder der INTOSAI und andere Interessierte unentgeltlich verteilt. Die *Zeitschrift* ist in elektronischer Form unter <http://www.intosaijournal.org> oder <http://www.intosai.org> sowie über e-Mail spel@gao.gov erhältlich.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen Accountants' Index und in den Management Contents bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services, Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, U.S.A., veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues in Kürze	4
ORKB und Unabhängigkeit	11
Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen	16
Der Strategische Plan im Brennpunkt	24
INTOSAI Intern	27
IDI Update	35
INTOSAI Veranstaltungskalender	37

<http://www.intosaijournal.org>



Ein Blick in die Vergangenheit und in die Zukunft: Betrachtungen aus dem Pazifikraum

Kevin Brady

*Controller und Auditor-
General von Neuseeland*

Ich fühle mich sehr geehrt, diesen Leitartikel verfassen zu dürfen. Ich beende im Juli meine 38-jährige Tätigkeit und meine 7-jährige Amtsperiode als Auditor-General am New Zealand Audit Office. Ich freue mich, hier die Gelegenheit zu haben, einige meiner Ansichten weiterzugeben, und möchte auch den vielen Mitgliedern des internationalen Finanzkontrollsektors danken, die mich in der Ausübung meines Amtes unterstützt und inspiriert haben. Ich hatte das Glück, an einigen internationalen Konferenzen teilzunehmen, darunter auch Veranstaltungen, die von der INTOSAI, ASOSAI, PASAI und dem Commonwealth organisiert wurden. Der auf diesen Veranstaltungen herrschende Team- und Kooperationsgeist ließ mir die unvermeidlich lange Anreise aus Neuseeland stets lohnenswert erscheinen.

Wie alle anderen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) hat sich auch die ORKB von Neuseeland weiterentwickelt und hat den Veränderungen in ihrem Umfeld Rechnung getragen. Wir haben auf Veränderungen in der für die geprüften Stellen geltenden Gesetzgebung, auf Entwicklungen im Bereich der Normen für das Rechnungswesen und die Finanzkontrolle, auf das Erfordernis mit neuen IT-Initiativen Schritt zu halten und auf die zunehmende Komplexität der Tätigkeiten der von uns geprüften Stellen reagiert. Wir haben außerdem Veränderungen in unserer Qualifikationsbasis vorgenommen, um der Ausweitung unseres Mandats auf Wirtschaftlichkeits- und Umweltprüfungen gerecht zu werden. In all meinen Kontakten mit dem internationalen Finanzkontrollsektor hat mich die Qualität der ORKB-Mitarbeiter beeindruckt. Sie sind bestrebt, das Beste für ihre Gesellschaft zu tun und zu gewährleisten, dass öffentliche Mittel umsichtig und entsprechend den

Wünschen ihrer Parlamente oder gleichgestellter Körperschaften verwendet werden. Der Erfolg oder Misserfolg einer ORKB beruht zur Gänze auf der Qualität ihrer Mitarbeiter. In diesem Sinne können sich ORKB auf der ganzen Welt glücklich schätzen, dass sie aufgrund der Rolle, die sie spielen, dermaßen hoch qualifizierte Mitarbeiter für sich gewinnen können.

Neben Kompetenz zählen auch Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit zu den Markenzeichen jeder ORKB. Obwohl Unabhängigkeit durch unsere Mandate garantiert sein muss, müssen doch alle Mitarbeiter gewährleisten, dass ihre eigene individuelle Unabhängigkeit nicht durch persönliche oder familiäre Interessenkonflikte gefährdet wird. Unsere Stärke resultiert aus unserer Unabhängigkeit, daher muss letztere mit allen Mitteln gewahrt werden. Das zweite Merkmal ist Glaubwürdigkeit. Die Aussagen, die wir als ORKB tätigen, müssen richtig sein. Wir müssen auch gerecht sein. Die Fähigkeit zur Berichterstattung ist die größte Stärke einer ORKB. Allerdings sind wir, wie mir am Beginn meiner Laufbahn erklärt wurde, immer nur so gut, wie unser letzter Bericht. Man kann die Glaubwürdigkeit, die man sich über Jahre hinweg erworben hat, in einem einzigen achtlosen Moment verlieren. Unsere Berichte können auch das Ansehen und den Ruf Einzelner beeinträchtigen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kritik nicht nur berechtigt, sondern auch gerechtfertigt ist.

Was die Zukunft betrifft, so hege ich die größte Bewunderung für die Tätigkeit der INTOSAI unter der Führung von Dr. Josef Moser. Die von der INTOSAI entwickelte Strategie ist hervorragend und zukunftsweisend. Sie verdient die uneingeschränkte Unterstützung aller INTOSAI-Mitglieder. Die Tätigkeit der 2007 eingerichteten Task Force Kommunikationsstrategie ist für uns im Pazifikraum von besonderem Interesse. Durch die Tätigkeit der Task Force werden vor allem kleinere ORKB einen einfacheren Zugang zu einer unglaublichen Fülle von Dokumenten und Unterlagen erhalten.

In den letzten 15 Jahren durfte ich das Amt des Generalsekretärs der PASAI (vormals SPASAI) bekleiden. Obwohl zahlreiche Pazifikstaaten eher klein sind, haben sich die Leiter und Mitarbeiter ihrer ORKB stets dem Streben nach Exzellenz verpflichtet gezeigt. Die Verabschiedung der Pacific Regional Audit Initiative, die gemeinsam von der Asiatischen Entwicklungsbank und der australischen Verwaltung finanziert wurde, hat bereits zu einer beginnenden Stärkung der pazifischen ORKB geführt. Ich habe keinerlei Zweifel, dass mit der Einrichtung eines gestärkten PASAI Sekretariats die Ziele der Initiative umgesetzt werden können.

Ich glaube, dass wir in zwei Bereichen auf internationaler Ebene bessere Ergebnisse erzielen können. Der erste Bereich betrifft die öffentliche Finanzberichterstattung. Ich hege die Sorge, dass Rechnungslegungsnormen zu komplex und Rechnungsabschlüsse in der Folge so kompliziert werden, dass viele Angehörige der Öffentlichkeit (und sogar Angehörige der geprüften Stellen) die Informationen nicht mehr in einem Format erhalten, das es ihnen ermöglicht, die betreffenden Stellen zur Rechenschaft zu ziehen. Der eigentliche Zweck der Rechnungslegung ist, Informationen in einem Bericht darzustellen, der es der Öffentlichkeit und jenen, die mit der Verwaltungsführung betraut sind, ermöglicht, die betreffende Stelle zur Verantwortung

zu ziehen. Die meisten Angehörigen der Öffentlichkeit verfügen über keine Kenntnisse der Rechnungslegung, sodass wir die Rechnungslegung benutzerfreundlicher gestalten müssen, wenn wir unseren Zweck erfüllen wollen.

Der zweite Bereich betrifft die Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen. Die meisten öffentlichen Behörden (mit Ausnahme jener, die auf Unternehmensbasis agieren) wurden nicht eingerichtet, um Geld zu verdienen, sondern um Dienstleistungen für das Gemeinwesen zu erbringen. Eine Finanzberichterstattung ist hier nicht ausreichend. Der wirkliche Test für den Erfolg oder Misserfolg einer öffentlichen Stelle ist die Frage, ob die Stelle die erwarteten Dienstleistungen wirkungsvoll und wirtschaftlich erbracht hat. Um das zu beurteilen, braucht die Öffentlichkeit Informationen, die nicht nur Auskunft darüber geben, wofür das Geld ausgegeben wurde, sondern auch was mit diesen Ausgaben erreicht wurde. Ich glaube, dass diesem Bereich bisher nicht die gebührende Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Erst wenn dem Bedarf der Öffentlichkeit an Leistungsinformationen nachgekommen wird, werden die öffentlichen Stellen ihrer Rechenschaftspflicht wirklich gerecht werden.

Abschließend möchte ich noch einmal all jenen danken, die meine ORKB unterstützt haben. Ich habe meine Zeit als Auditor-General als überaus positive Erfahrung erlebt und habe einige bemerkenswerte Bekanntschaften innerhalb des internationalen Finanzsektors gemacht. Ich wünsche Ihnen für Ihre zukünftigen Unternehmungen viel Erfolg!

NEUES

IN

Kürze



Australien

Prüfungsbericht über ökologisches Bürobeschaffungswesen und nachhaltiges Büromanagement

Im März 2009 veröffentlichte das australische National Audit Office einen Bericht mit dem Titel „Green Office Procurement and Sustainable Office Management“ (No.25 2008-09). Der Bericht ist auf der Website des ANAO online verfügbar.

Die australische Verwaltung zeigte sich bestrebt, eine Vorreiterrolle in Bezug auf umweltfreundliche Einkaufspraktiken zu übernehmen. Der Bericht machte deutlich, dass Australiens öffentlicher Sektor insgesamt noch weit von der Erreichung dieses Ziels entfernt ist und noch über einen beachtlichen Handlungsspielraum verfügt, um den „ökologischen Fußabdruck“ der Behörden zu verkleinern. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten zur Umsetzung kostengünstiger Maßnahmen für eine Verbesserung der Nachhaltigkeit, insbesondere in Bezug auf Energiesparen und Büroverbrauch.

Dem Bericht zufolge gibt die australische Verwaltung jährlich rund \$ 435 Mio. für Elektrizität und Erdgas aus. Auch wenn die Umsetzung von Initiativen zur Steigerung der Energieeffizienz mit einem gewissen Kapitalaufwand verbunden sein kann (zum Beispiel Kosten für die verbesserte Beleuchtung oder verbesserte Messungen), führen solche Maßnahmen doch zu dauerhaften Verbesserungen und einer Kompensation zukünftiger Kostenanstiege. Maßnahmen wie das automatische Ausschalten unbenützter Bürocomputer und -bildschirme erfordern einen geringen Kapitalaufwand und führen zu sofortigen Energie- und Kosteneinsparungen. Datacenter verbrauchen ein hohes Maß an Energie, meist 15 - 40 % des gesamten mieterbezogenen Energieverbrauchs des Gebäudes. Eine bessere konstruktive Auslegung dieser Zentren und Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen würden ein nachweisliches Energieeinsparpotential von bis zu 33 % erzielen.

Im Rahmen der Prüfung lieferten die Behörden zahlreiche Beispiele dafür, dass der Kapitalaufwand in weniger als 12 Monaten gedeckt werden konnte. Jüngste Erhöhungen in den Elektrizitätskosten australischer Verwaltungsbehörden werden

den Amortisationszeitraum weiter verkürzen. Insgesamt schätzte das ANAO, dass die australische Verwaltung jährlich \$ 75 Mio. von ihrem Energiebudget einsparen könnte, wenn alle Behörden die Energieziele der Verwaltung erfüllen und diese Einsparungsmaßnahmen auf alle Energiearten anwenden würden.

Die australische Verwaltung weist einen hohen Verbrauch von Büropapier auf. Die überprüften Behörden gaben einen internen Gesamtverbrauch von mehr als 6.500 Tonnen im Jahr an. Durch doppelseitiges Drucken können Behörden ihren internen Papierverbrauch (und gleichzeitig Kosten) reduzieren. Kraftfahrzeuge sind für die Verwaltungstätigkeit ebenfalls wichtig. Der Fuhrpark der Verwaltung, einschließlich der „weißen Fahrzeugflotte“ des Verteidigungsministeriums umfasst mehr als 13.000 Fahrzeuge. Die Prüfung ließ erkennen, dass Spannungen zwischen den Kosten, der Präferenz für in Australien gefertigte Fahrzeuge und dem Erfordernis, das Ziel der Verwaltung zur Verringerung von Treibhausgas- und anderen Emissionen zu erfüllen, bestanden. Dem Bericht zufolge sind die Kosten für große Fahrzeuge über die

gesamte Lebensdauer – selbst bei Berücksichtigung verfügbarer Rabatte – um 35 % höher als jene für kleine Fahrzeuge.

Der Bericht zeigte bedeutende Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualität von Umweltkontrollen und zur Berücksichtigung von Umweltüberlegungen im Rahmen der Kerngeschäftstätigkeit der australischen Verwaltung auf. Nur in 56 % der Behörden gibt es Anweisungen oder Strategien zur Minimierung ihrer Umweltauswirkungen. Um die Erwartungen der Verwaltung zu erfüllen, benötigen die Behörden einen integrierten Nachhaltigkeitsrahmen, der die jeweiligen Geschäftserfordernisse zugeschnittene Verbesserungsmöglichkeiten und Investitionsschwerpunkte aufzeigt. Der Prüfungsbericht nannte eine Reihe von Fallstudien, die darlegen, dass ein gemeinsames Hauptaugenmerk auf verbesserte Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu Energieeinsparungen, Umweltverbesserungen oder anderen möglichen Vorteilen führt.

Jüngste Änderungen im Finanzkontrollgesetz von 1997

Im Februar 2009 wurden verschiedene Änderungen am Finanzkontrollgesetz von 1997 vorgenommen. Einige der Änderungen (1) betreffen die Bedingungen, unter denen Informationen, die den Dienststellen und anderen Parteien während der Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Verfügung gestellt wurden, offengelegt werden können und (2) aktualisieren die Strafvorschriften, um sie in Einklang mit der derzeit gültigen Strafrechtspolitik zu bringen.

Die Änderungen, die für die Dienststellen am relevantesten sind, betreffen Beratungs- und Berichterstattungsmaßnahmen für Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Konkret

enthält das Gesetz die Vorschrift, dass etwaige Stellungnahmen zu einem vorgeschlagenen Wirtschaftlichkeitsprüfungsbericht zur Gänze in den endgültigen Prüfungsbericht aufgenommen werden müssen. Durch diese Änderung erhält die bestehende Praktik des ANAO gesetzlichen Rückhalt. Das Gesetz sieht weiters vor, dass jeder Kommentar zu einem Auszug aus einem Wirtschaftlichkeitsprüfungsbericht ebenfalls zur Gänze in den Abschlussbericht aufgenommen werden muss. Bisher wurden solche Kommentare bei der Fertigstellung des Prüfungsberichts zwar berücksichtigt, sind aber nicht immer in den Bericht aufgenommen worden. In der geänderten Fassung unterliegen Auszüge aus Berichten nun den im Gesetz festgelegten Vertraulichkeitsvorschriften für Personen, die im Besitz von Prüfungsinformationen sind.

Um die Fertigstellung der Prüfungsberichte zu vereinfachen und sicherzustellen, dass sie informativ und lesbar bleiben, wird das ANAO weiterhin darum ersuchen, dass Kommentare der Behörden einen direkten Bezug zu den Prüfungserkenntnissen und –empfehlungen aufweisen und so knapp wie möglich gehalten werden. Das ANAO wird auch in Zukunft verlangen, dass Kommentare die folgenden drei Teile aufweisen: (1) offizielle Stellungnahmen der betreffenden Dienststelle (vollständig als Anhang im Abschlussbericht wiedergegeben), einschließlich der Erklärung, ob die Behörde den einzelnen Empfehlungen zustimmt, mit Vorbehalt zustimmt oder nicht zustimmt; (2) eine kurze Zusammenfassung der Stellungnahmen der Behörde (in der Zusammenfassung und im Berichtsprospekt enthalten); und (3) etwaige zusätzliche detaillierte

Erläuterungen, beispielsweise redaktioneller Natur (soweit erforderlich im Berichtstext selbst enthalten).

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Australien erhältlich:

E-mail: ag1@anao.gov.au
Website: www.anao.gov.au

Bermuda

Neue Leiterin der ORKB bestellt

Heather Jacobs Matthews wird im August 2009 zur neuen Leiterin der ORKB von Bermuda bestellt und folgt damit Larry Dennis nach, der seine Amtsperiode beendet.

Jacobs Matthews, eine ausgebildete Wirtschafts- und Betrugsprüferin, hat 1976 ihr Wirtschaftsstudium mit dem Hauptfach Rechnungswesen an der Dalhousie University, in Halifax, in der kanadischen Provinz Nova Scotia, mit Auszeichnung abgeschlossen. 1980 begann sie ihre 27-jährige Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung von Bermuda. Sie war 9 Jahre lang als Assistant Auditor und Deputy Auditor tätig und hat in dieser Position den Auditor-General in der Ausübung seiner Führungsaufgaben unterstützt. 1989 wurde Jacobs Matthews zur Steuerbeauftragten bestellt.

Von 1994 bis 1999 bekleidete sie das Amt des Accountant General von Bermuda und 1999 wurde sie erneut zur Steuerbeauftragten bestellt. Diese Position hatte sie bis zu ihrem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst 2007 inne.

2008 kam sie aus dem Ruhestand zurück, um vorübergehend das neue Amt der Direktorin für Innenrevision zu übernehmen, das vom Finanzministerium in das Kabinetbüro übergeführt worden war.

Ihre vorrangige Aufgabe bestand darin, die Staatssekretäre und Dienststellenleiter darin zu unterstützen, wirksame und wirtschaftliche Verfahren zur Verstärkung der Rechenschaftspflicht und Transparenz in der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel zu entwickeln und anzuwenden. In der Ausübung dieser Funktion unterhielt Jacobs Matthews auch eine sehr enge Arbeitsbeziehung zum Auditor General.

Jacobs Matthews ist ein Mitglied des Institute of Chartered Accountants von Bermuda und Nova Scotia, der Association of Certified Fraud Examiners, des Institute of Internal Auditors und der Government Finance Officers Association.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Bermuda erhältlich:

E-mail: auditbda@gov.bm

Website: www.oagbermuda.gov.bm

Europäischer Rechnungshof

Bericht über internationale Peer Review veröffentlicht

Im Dezember 2008 wurde der Bericht über eine internationale Peer Review des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) veröffentlicht. Der Bericht ist online unter <http://www.eca.europa.eu/products/PeerReview> verfügbar. Dieser Bericht stellt einen wesentlichen Meilenstein in der laufenden Reform des EuRH dar, der die unabhängige Finanzkontrollinstitution der Europäischen Union (EU) ist. Als solche spielt der EuRH eine einzigartige Rolle im Hinblick auf die Verbesserung der Finanzgebarung der EU und die Förderung der Rechenschaftspflicht und Transparenz.

In der jüngeren Vergangenheit hat die Erweiterung der EU nicht nur eine

Vielzahl neuer Ideen und Möglichkeiten für die EU-Institutionen, sondern auch bedeutende Herausforderungen mit sich gebracht. Seit 2004 sind das Budget des EuRH und sein Mitarbeiterstab rapide gewachsen. Darüber hinaus gab es wesentliche Veränderungen im Prüfungsumfeld des EuRH. Der EuRH hat erkannt, dass er, um seine vertraglichen Verpflichtungen besser erfüllen und seinen Auftrag auf eine professionelle, mit anderen ORKB weltweit vergleichbare Weise ausführen zu können, sich den Veränderungen in seinem Prüfungsumfeld anpassen und sich selbst einer Reform unterziehen muss.

Im Jahr 2006 initiierte der EuRH einen Reformprozess, an dessen Beginn eine Selbstbeurteilung seiner Organisations- und Funktionsweise stand, und erstellte einen Aktionsplan für Verbesserungsmaßnahmen in zahlreichen Bereichen.

Zur Umsetzung dieses Aktionsplans entwickelte und veröffentlichte der EuRH ein Leitbild, Leitziel und strategische Zielsetzungen, erstellte seinen ersten Jahrestätigkeitsbericht für 2007, aktualisierte seine Kommunikationspolitik und baute seine Beziehungen mit den Interessengruppen weiter aus.

Im Dezember 2008 verabschiedete der EuRH eine Prüfungsstrategie für 2009–2012. Diese Strategie vereint die unterschiedlichen Maßnahmen, die aus der Selbstbeurteilung und dem Aktionsplan entstanden, und konzentriert sich auf zwei Schwerpunktziele, die die Arbeitsprogramme des EuRH in diesem Zeitraum dominieren: die Maximierung der aus den Prüfungen resultierenden Gesamtwirkung und Effizienzsteigerung durch bestmöglichen Ressourceneinsatz.

Die Peer Review des EuRH wurde von einem Team erfahrener Rechnungs- und Wirtschaftlichkeitsprüfer der

ORKB von Kanada, Norwegen, Österreich und Portugal durchgeführt. Das Ziel war die Bewertung der Gestaltung und Umsetzung des Prüfungsmanagementrahmens des EuRH, der die Prüfungsplanungs- und Prüfungsprozesse für Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die Berichterstattung über Prüfungsergebnisse und die unterstützenden Dienstleistungen, die dem EuRH bei der Erreichung seiner Zielsetzungen helfen, umfasst.

Das Peer-Review-Team anerkannte, dass der EuRH eine in Umstrukturierung befindliche Organisation ist, und kam zu dem Schluss, dass er auf dem richtigen Weg sei. Das Team kam zu dem Schluss, dass der Prüfungsrahmen des EuRH die internationalen Finanzkontrollnormen und guten Vorgehensweisen der ORKB entsprechend widerspiegelt. Das Team merkte außerdem an, dass (1) der EuRH seine Tätigkeit unabhängig und objektiv ausübt, (2) die während der Peer Review begutachteten Prüfungsberichte, wie in den internationalen Finanzkontrollnormen gefordert, auf ausreichenden und angemessenen Prüfungsnachweisen beruhen und (3) die befragten Interessengruppen ein hohes Vertrauen in die Berichte des EuRH haben und sie grundsätzlich als korrekt, sachlich und objektiv einschätzen.

Der Peer-Review-Bericht zeigte auch Herausforderungen und Verbesserungsmöglichkeiten auf. Dazu zählen die Notwendigkeit, (1) eine Organisationskultur zu schaffen, die den EuRH als einzelne Finanzkontrollinstitution zur Geltung bringt, (2) Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle zu fördern, (3) eine konsequente Interpretation und Anwendung seiner Prüfungspolitiken und -praktiken zu gewährleisten und (4) risiko-basierte Prüfungsstrategien

zur Optimierung des Mitteleinsatzes zu entwickeln, um diverse Bedürfnisse der Interessengruppen zu erfüllen.

Wie im Bericht der Peer Review festgestellt, wurden die meisten Empfehlungen bereits im Rahmen des vor der Überprüfung ausgearbeiteten Aktionsplans vorweggenommen. Der EuRH wird die übrigen Empfehlungen der Peer Review in seine Prüfungsstrategie für 2009–2012 einbinden und sich bemühen, sie in diesem Zeitraum umzusetzen.

Nähere Informationen sind beim EuRH erhältlich:

E-mail: euraud@eca.europa.eu
Website: www.eca.europa.eu

Kenia

Neuer ORKB-Leiter bestellt

Im Jänner 2009 wurde Anthony S. M. Gatumbu zum neuen Controller und Auditor General von Kenia bestellt. In dieser Position folgt er der aus dem Amt scheidenden Priscilla N. Komora nach. Gatumbu ist bestrebt, die laufenden Reformaktivitäten in der ORKB von Kenia fortzuführen, die Beziehungen der Behörde mit dem Parlament und anderen Interessengruppen zu stärken und mit der INTOSAI-Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Vor seiner Bestellung bekleidete Gatumbu 2 ½ Jahre das Amt des stellvertretenden ORKB-Leiters. Er verfügt über einen Universitätsabschluss in Mathematik und Wirtschaft und ein Diplom in öffentlicher Finanzkontrolle. Er nahm auch an zahlreichen lokalen und internationalen Workshops und Lehrgängen über Verwaltungsführung und Rechenschaftspflicht teil.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Kenia erhältlich:



Anthony S.M. Gatumbu

Fax: ++254 (2) 33 08 29
E-mail: cag@kenao.go.ke

Lettland

Jahresbericht 2008

Die Staatliche Rechnungskontrollbehörde der Republik Lettland stellte ihren Jahresbericht für 2008 fertig, der eine Zusammenfassung ihrer Tätigkeit in diesem Jahr enthält. Dem Bericht zufolge hat die Behörde auch in diesem Jahr überprüft, ob die Steuermittel nicht nur rechtmäßig sondern auch wirtschaftlich und wirksam eingesetzt wurden. Im Jahr 2008 führte die Behörde 61 Prüfungen durch und erstellte 74 Prüfungsberichte über Prüfungen der Rechnungsführung und Gesetzmäßigkeitsprüfungen.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in Lettland hält es die ORKB für sehr wichtig, dass der wirtschaftlichen und wirksamen Verwendung finanzieller Mittel gesteigerte Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Die Behörde hat den Methoden und Maßnahmen einer wirtschaftlichen Mittelbewirtschaftung immer einen sehr hohen Stellenwert

eingräumt, und ihre Prüfungsmitarbeiter ermuntern auch andere Institutionen der öffentlichen Verwaltung, ihrem Beispiel zu folgen.

Der Jahresbericht 2008 der Staatlichen Rechnungskontrollbehörde ist in elektronischer Form auf der Website der Behörde verfügbar.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Lettland erhältlich:

E-mail: lrvk@lrvk.gov.lv
Website: www.lrvk.gov.lv

Neuseeland

Jahresplan des Auditor-General

Der Jahresplan 2009–2010 des Auditor-General von Neuseeland steht nun auf der Website der Behörde unter dem folgenden Link zur Verfügung: www.oag.govt.nz/annualplan/2009-10.

Bei der Präsentation des Plans bemerkte der scheidende Controller und Auditor-General Kevin Brady, dass 2009 das erste Jahr unter dem neuen strategischen Plan der ORKB (Strategie 2009–12) und zugleich das letzte Jahr seiner Amtsperiode sei. Obwohl Brady anerkannte, dass der neue Auditor-General seine oder ihre eigenen Schwerpunkte setzen wird, wollte er doch für eine klare Darstellung der Strategien, Intentionen und Risiken der ORKB sorgen, um damit eine Basis zu schaffen, auf der der neue Leiter bzw. die neue Leiterin der ORKB seinen oder ihren Kurs für die kommende Amtszeit abstecken kann. Er gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass die ORKB auf dem richtigen Weg und in einer guten Position für die Übergabe an den neuen Auditor-General sei.

Im Mittelpunkt der Strategie 2009–12 der neuseeländischen ORKB steht das Erfordernis, verstärkte Erkenntnisse

aus ihrer Prüfungstätigkeit zu gewinnen, um den öffentlichen Sektor darin zu unterstützen, auf wirtschaftliche Herausforderungen zu reagieren, aber gleichzeitig wichtige Dienstleistungen beizubehalten und das Vertrauen der Bürger zu stärken. Im Plan sind jene Bereiche festgehalten, die neben der Bereitstellung von Leistungsinformationen zu den Schwerpunkten der ORKB-Tätigkeit zählen werden. Zu diesen Bereichen, die sowohl die Zentral- als auch Lokalverwaltung betreffen, zählen Beschaffungsmanagement, Betrugssensibilisierung und –minimierung und die Verwaltung und Bewirtschaftung von Infrastrukturgütern.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Neuseeland erhältlich:

E-mail: enquiry@oag.govt.nz
Website: www.oag.govt.nz

Polen

Oberste Kontrollkammer feiert ihr 90-jähriges Bestehen

Im Februar 2009 feierte die Oberste Kontrollkammer von Polen (NIK) ihr 90-jähriges Bestehen. Jacek Jeziarski, der Präsident der NIK, und die Mitglieder des NIK-Kollegiums nahmen an einer Sondersitzung des Unterhauses des polnischen Parlaments (Sejm) teil, der auch der Präsident der Republik Polen und frühere NIK-Präsident Lech Kaczyński beiwohnte. Jeziarski unterstrich in seiner Beschreibung der zahlreichen Veränderungen, denen die polnische ORKB seit ihrer Gründung unterworfen war, die Wichtigkeit der polnischen Geschichte. Er betonte, dass die Erinnerung an die Vergangenheit uns die Größe der Leistungen unserer Vorfahren, die Wichtigkeit unserer heutigen Aufgaben und die große

Verantwortung der derzeitigen ORKB-Mitarbeiter demonstrierte.

Am 7. Februar 1919 erließ Marschall Józef Piłsudski, der Staatschef und Gründer der 2. Polnischen Republik, eine Verordnung zur Einrichtung der Obersten Kammer für Staatliche Kontrolle. Diese Verordnung legte den Grundstein für die Entwicklung einer autonomen polnischen Finanzkontrollinstitution, die direkt dem Staatschef unterstellt war und deren Aufgabe in der Prüfung der Staatseinnahmen und –ausgaben und der Überwachung der Bewirtschaftung der staatlichen Vermögenswerte, Industrien, Institutionen und Stiftungen, einschließlich der Gemeinden und Lokalverwaltung bestand. Diese moderne ORKB war außerdem mit Instrumenten zur Prüfung des Haushaltsvollzugs ausgestattet und achtete bereits von Anfang an auf die Transparenz der öffentlichen Ausgaben. Somit hat das Motto der ORKB, das aus einem Zitat des damaligen polnischen Finanzministers Tadeusz Dembowski aus dem Jahr 1808 stammt, nach wie vor seine Gültigkeit: „Jeder, der für die Ausgabe auch nur eines Groschens an öffentlichem Geld verantwortlich ist, sollte bereit sein, diese Ausgabe zu rechtfertigen“.

Die Organisations- und Funktionsweise der heutigen ORKB ist in der Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997 und im ORKB-Gesetz von 23. Dezember 1994 festgelegt. Das Mandat der polnischen ORKB beruht auf dem Grundsatz der kollegialen Verantwortung, und die Behörde ist gegenüber dem polnischen Parlament zur Rechenschaft verpflichtet.

Im Gedenken an den Gründer der polnischen ORKB, legte die ORKB-Leitung am Jahrestag der ORKB Blumen am Denkmal von Marschall Józef Piłsudski nieder. Blumen wur-

den auch am Denkmal von Ignacy Jan Paderewski, einem weltbekannten polnischen Pianisten, Komponisten und Staatsmann, der 1919 polnischer Ministerpräsident und Außenminister wurde, und auf dem Grab von Józef Higersberger, dem ersten Präsidenten der polnischen ORKB niedergelegt. Außerdem wurden Dokumente und Fotografien, die die 90-jährige Geschichte der ORKB belegen, am Sitz der Behörde ausgestellt.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Polen erhältlich:

E-mail: wsm@nik.gov.pl
Website: www.nik.gov.pl

Trinidad und Tobago

85. Jahrestag des Auditor General's Department

Im März 2008 feierte das Auditor General's Department der Republik Trinidad und Tobago den 85. Jahrestag der örtlichen Gründung der ORKB. Im März 1923 wurde A.G. Bidden zum Director of Audit von Trinidad bestellt. Vor diesem Zeitpunkt wurden vom britischen Colonial Overseas Audit Office Prüfungsbeamte nach Trinidad entsandt. Von 1923 bis 1963, stellte das Colonial Overseas Audit Office nach wie vor einige leitende Mitarbeiter, deren Aufgaben auch die Prüfung der Rechnungsführung des Landes umfasste.

Das Thema der Jubiläumsfeier lautete „Neuanfang“. Zu den Programmpunkten zählten ein ökumenischer Dankgottesdienst, ein 5-Kilometer-Lauf und ein Gala-Diner. Der Gottesdienst, dem der Präsident der Republik Trinidad und Tobago George Maxwell Richards, verschiedene Würdenträger, Verwaltungsbeamte und Mitarbeiter der ORKB beiwohnten, fand am 14. März in der Queen's Hall statt und wurde

von der Interreligiösen Organisation von Trinidad und Tobago veranstaltet. Angehörige unterschiedlicher Glaubensrichtungen trugen Gebeten und Lesungen vor, die Predigt wurde vom Bischof von Trinidad und Tobago, Calvin Best, gehalten. Am Ende des Gottesdienstes überreichte der Auditor General Geldspenden von Mitarbeitern an die Vertreter des Cyril Ross Kinderheims für Kinder mit HIV/AIDS und an DRETCHI, einem Verein für Hörbehinderte. Gruppenfotos von derzeitigen und ehemaligen ORKB-Mitarbeitern, die bis ins Jahr 1948 zurückreichten, waren in der Lobby der Queen's Hall ausgestellt.

Am 15. März starteten mehr als 300 Teilnehmer (Mitarbeiter und Nicht-Mitarbeiter) bei einem 5-Kilometer-Lauf rund um Queen's Park Savannah in Port of Spain und durch die Straßen von St. Clair. Jean Ramjohn-Richards, die Gattin des Präsidenten von Trinidad und Tobago, nahm ebenfalls am Lauf teil. Die First Lady und der Präsident nahmen auch am Jubiläumsdinner am 29. März teil, auf dem der Präsident in seiner Rede die ORKB dazu aufforderte, weiterhin aufmerksam über das Vermögen der Nation zu wachen und durch den Schutz der Staatskasse die Rechenschaftspflicht zu fördern. Er hielt die ORKB auch dazu an, ihre hohen Standards in der Ausbildung und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter beizubehalten. Die Leiterin der ORKB, Sharman Ottley, gab in ihrer Rede einen Überblick über die von der ORKB erzielten Fortschritte und dankte den aufeinanderfolgenden Verwaltungen für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Behörde. Sie dankte außerdem den derzeitigen und früheren Mitarbeitern für ihren Beitrag zur Tätigkeit der Behörde. Dank ging auch an die geprüften Stellen und die Zentralbehörden für ihre Unterstützung der Tätigkeit der ORKB.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Trinidad und Tobago erhältlich:

E-mail: sottley@auditorgeneral.gov.tt
Website: www.auditorgeneral.gov.tt

Ukraine

Rechnungskammer zum neuen externen Rechnungsprüfer der OSZE bestellt

Im April 2009 nahmen die 56 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) das Angebot der ukrainischen Verwaltung einstimmig an und bestellten die Rechnungskammer der Ukraine zum externen Rechnungsprüfer der OSZE für 2009. Damit wird diese Position zum ersten Mal in der Geschichte der OSZE von einem osteuropäischen Land bekleidet. Davor wurden die externen Prüfungsaufgaben der OSZE nacheinander von der Schweiz, Finnland, Schweden, Großbritannien und Norwegen wahrgenommen. Die Bestellung ist ein Beweis für die internationalen Finanzkontrollnormen entsprechende Tätigkeit der ukrainischen ORKB und für die Professionalität der Behörde.

Gemäß den OSZE-Vorschriften wird der externe Rechnungsprüfer mit der Prüfung des Verwaltungs- und Finanzsystems der OSZE und mit der Abgabe von Empfehlungen für Verbesserungen betraut. Der externe Rechnungsprüfer wird für eine Periode von einem Jahr bestellt, die um weitere 2 Jahre verlängert werden kann.

Nähere Informationen sind bei der ORKB der Ukraine erhältlich:

E-mail: rp@ac-rada.gov.ua
Website: www.ac-rada.gov.ua

Vereinte Nationen

UN-Komitee anerkennt die Wichtigkeit der Unabhängigkeit der ORKB

Das Committee of Experts on Public Administration der Vereinten Nationen hat auf seiner 8. Tagung, die von 30. März bis 3. April 2009 im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York stattfand, zum ersten Mal die wichtige Bedeutung der Unabhängigkeit der ORKB öffentlich anerkannt. Das Expertenkomitee hat die Aufgabe, den UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) bei der Förderung und Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung und Verwaltungsführung in den Mitgliedstaaten zu unterstützen.

Auf der Tagesordnung der Sitzung standen Rechenschaftspflicht, Transparenz und das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung, und die INTOSAI war erneut eingeladen worden, als Beobachter an der Tagung teilzunehmen. Das Generalsekretariat ergriff die Gelegenheit, die Interessen der INTOSAI und ihrer Mitglieder zu vertreten und die Anliegen der staatlichen Finanzkontrolle in die Debatte über Verwaltungsreformen einzubringen.

Angesichts des Schwerpunktprogramms der INTOSAI für 2009, die Förderung der Unabhängigkeit der ORKB, sprachen die Vertreter des Generalsekretariats das Thema Unabhängigkeit an und betonten die Rolle der ORKB bei der Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel. Durch unabhängige Prüfungen und die Veröffentlichung ihrer Prüfungserkenntnisse schaffen die ORKB eine gute Grundlage zur Förderung des öffentlichen Vertrauens. Außerdem fördern sie eine gute

Verwaltungsführung und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung internationaler Entwicklungsziele, einschließlich der UN-Millennium-Entwicklungsziele.

Die Experten stimmten mit der INTOSAI überein, dass ORKB ihre Aufgaben nur dann objektiv und effektiv erfüllen können, wenn ihre jeweilige Verfassung sie mit der erforderlichen organisatorischen Unabhängigkeit ausstattet und wenn sie über einen freien und uneingeschränkten Zugang zu Informationen verfügen.

Der Abschlussbericht des Expertenkomitees an den ECOSOC anerkannte insbesondere die wichtige Bedeutung der Unabhängigkeit der ORKB und deren Relevanz für das Vertrauen der Öffentlichkeit und vertrauensbildende Mechanismen.

Auf Initiative des Generalsekretariats schuf das Expertenkomitee den notwendigen Rahmen, um sich auf seiner nächsten Tagung 2010 noch detaillierter mit der Unabhängigkeit der externen staatlichen Finanzkontrolle zu befassen.

Das Generalsekretariat setzte einen weiteren Schritt zur verstärkten Vorantreibung der INTOSAI-Initiative, die Unabhängigkeit der externen staatlichen Finanzkontrolle – und damit die Deklarationen von Lima und Mexiko – in einer UN-Resolution zu verankern, wie es auf der 58. Präsidiumstagung der INTOSAI beschlossen worden war.

Nähere Informationen sind beim Generalsekretariat der INTOSAI erhältlich:

E-mail: intosai@rechnungshof.gv.at
Website: www.intosai.org

Ergebnisse der Open Budget Survey über ORKB und Unabhängigkeit

von Vivek Ramkumar, Open Budget Initiative, International Budget Partnership

80 % der Verwaltungen auf der ganzen Welt geben ihren Bürgern nicht die Informationen, die diese benötigen, um die Verwaltungen für die Bewirtschaftung ihrer Finanzmittel zur Rechenschaft zu ziehen. Diese unerfreuliche Feststellung stammt aus einer umfassenden neuen Erhebung über die Haushaltstransparenz der Verwaltungen von 85 Ländern, die im Februar 2009 von der International Budget Partnership (IBP)¹ veröffentlicht wurde. Die Erhebung ergab, dass knapp 50 % der 85 von der IBP evaluierten Länder ein solch geringes Maß an Informationen zur Verfügung stellen, dass sie dadurch in der Lage sind, unpopuläre Ausgaben bzw. eine verschwenderische oder korrupte Verwendung von Mitteln zu verbergen.²

Die Open Budget Survey 2008 der IBP ist eine unabhängige und umfassende Analyse, die evaluiert, ob Zentralverwaltungen der Öffentlichkeit Zugang zu Haushaltsinformationen und Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Haushaltserstellung, umsetzung und –evaluierung gewähren. Die Erhebung untersucht auch die Fähigkeit der Legislative und der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB), ihre Verwaltungen für deren Haushaltsführung zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Erhebung analysierte die Ergebnisse eines strengen Fragebogens, der die von verschiedenen internationalen Organisationen entwickelten allgemein anerkannten guten Vorgehensweisen im Bereich der öffentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung widerspiegelt, wie zum Beispiel den „Code of Good Practices“ des Internationalen Währungsfonds, die „Best Practices in Budget Transparency“

¹Die IBP arbeitet mit Organisationen der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern zusammen, um Haushaltsprozesse, Institutionen und Ergebnisse der Verwaltung zu analysieren, zu überwachen und zu beeinflussen. Die Partnerschaft verfolgt das Ziel, die Bedürfnisse der Armen und Einkommensschwachen verstärkt in den Haushaltssystemen zu berücksichtigen und die Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht dieser Systeme zu erhöhen.

²Die folgenden Länder nahmen an der Open Budget Survey 2008 teil: Ägypten, Äquatorialguinea, Afghanistan, Albanien, Algerien, Angola, Argentinien, Aserbaidshan, Bangladesch, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Bulgarien, Burkina Faso, China, Costa Rica, die Demokratische Republik Kongo, Deutschland, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Frankreich, Georgien, Ghana, Großbritannien, Guatemala, Honduras, Indien, Indonesien, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kenia, die Kirgisische Republik, Kroatien, Kolumbien, Libanon, Liberia, Malawi, Malaysia, Marokko, Mazedonien, Mexiko, Mongolei, Namibia, Nepal, Neuseeland, Nicaragua, Niger, Nigeria, Norwegen, Pakistan, Papua Neuguinea, Peru, die Philippinen, Polen, Ruanda, Rumänien, Russland, Sambia, São Tomé e Príncipe, Saudi Arabien, Schweden, Senegal, Serbien, Slowenien, Südafrika, Südkorea, Sri Lanka, Sudan, Tansania, Thailand, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechien, Türkei, Uganda, Ukraine, Venezuela, die Vereinigten Staaten und Vietnam.

Die Oktober-Ausgabe der Zeitschrift ist dem Thema Unabhängigkeit gewidmet. Wir veröffentlichen den folgenden Artikel aufgrund seiner diesbezüglich gewonnenen Erkenntnisse und laden unsere Leser ein, uns ihre eigenen Erkenntnisse, Empfehlungen und Ansichten dazu zu übermitteln. Schicken Sie Ihre Reaktionen an Intosajournal@gao.gov.

der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und die Deklaration von Lima der INTOSAI. Die Erhebung wurde von der IBP geleitet und von unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und akademischen Einrichtungen der untersuchten 85 Länder angehörenden Experten im Bereich Haushaltswesen durchgeführt

Resultate der Erhebung

Die Erhebung beurteilte die ORKB nach den folgenden Schlüsselmerkmalen:

- rechtliche und finanzielle Unabhängigkeit von der Exekutive,
- Umfang des Prüfungsmandats,
- Kommunikation mit der Öffentlichkeit,
- Aktualität der Berichterstattung über Prüfungsergebnisse, und
- Wirksamkeit der Nachverfolgung von Prüfungsempfehlungen.

Auf Grundlage dieser Bewertungen wurde eine Durchschnittspunktzahl für die Stärke der ORKB errechnet. Die durchschnittliche Gesamtpunktzahl betrug 45 von 100 möglichen Punkten.

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten ORKB-bezogenen Ergebnisse der Open Budget Survey 2008 analysiert

Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit von der ausführenden Staatsgewalt ist einer der wichtigsten Maßstäbe für die Fähigkeit einer ORKB zur Ausübung einer wirkungsvollen Aufsichtsfunktion. Eine rechtliche und finanzielle Abhängigkeit von der Exekutive können den Leiter einer ORKB eventuell dazu bewegen, Berichte, in denen an der Exekutive Kritik geübt wird, zurückzuhalten.

In 26 der befragten Länder kann die Exekutive den Leiter der ORKB aus seinem Amt entfernen, ohne dafür die Zustimmung der Legislative oder Judikative einzuholen. Außerdem bestimmt in 38 der 85 Ländern die Exekutive anstelle der Legislative oder Judikative die Höhe der Haushaltsmittel, die der ORKB jährlich zugewiesen werden. In 24 dieser Länder war nach Ansicht der an der Erhebung beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen die Höhe der für die ORKB bewilligten Mittel unter dem Niveau, das die ORKB zur Erfüllung ihres Mandats benötigen würden.

Weiters reichte in 21 jener Länder, in der die Legislative (anstelle der Exekutive) die Höhe der jährlichen Mittelzuweisung an die ORKB bestimmt, das Budget der ORKB nach Ansicht der Forscher nicht aus, um den Mittelbedarf der Behörden zu decken.

In 31 der 85 in der Erhebung erfassten Länder liegt die Entscheidung über die durchzuführenden Prüfungen vom Gesetz her nicht im alleinigen Ermessen der ORKB. In 13 dieser 31 Länder verfügen die ORKB über wenig oder gar keine Ermessensfreiheit in Bezug auf die Auswahl der durchzuführenden Prüfungen.

Umfassendes Mandat

In 48 der 85 befragten Länder werden Prüfungen außerbudgetärer Mittel (einschließlich der Ölstabilisierungsfonds) von den ORKB nicht veröffentlicht, nicht durchgeführt oder die Berichte über solche Prüfungen nicht innerhalb von 24 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahrs, in dem diese Prüfungen durchgeführt wurden, veröffentlicht. Obwohl außerbudgetäre Mittel rein technisch gesehen nicht im Haushalt enthalten sind, handelt es sich hierbei dem Wesen nach doch um Verwaltungsmittel, die somit denselben Prüfungsvorschriften unterliegen sollten wie andere Verwaltungsprogramme.

In 33 der 85 Länder beschäftigen die ORKB entweder keine speziellen Mitarbeiter, die mit der Prüfung der Ausgaben des Verteidigungssektors betraut sind, oder führen keine Prüfungen des Verteidigungssektors durch. Da die Öffentlichkeit keinen Zugang zu Informationen über solche Geheimprogramme hat, ist es wichtig, dass die Gesetzgeber diese Informationen, einschließlich aller Prüfungsberichte über die Ausgaben in diesem Sektor, erhalten. Die ORKB sollten über Mitarbeiter mit einer Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung verfügen, die Zugang zu allen Informationen über Geheimausgaben erhalten.

Kommunikation mit der Öffentlichkeit

In 27 der befragten Länder hat die Öffentlichkeit keinen Zugang zu Prüfungsberichten. In sechs dieser Länder werden keine Prüfungsberichte erstellt.

In 44 Ländern³ enthält der Jahresprüfungsbericht der ORKB keine Kurzfassung. Nachdem Prüfungsberichte äußerst fachspezifische Dokumente sein können, trägt eine Zusammenfassung der Erkenntnisse des Berichts dazu bei, die Zugänglichkeit des Berichts für die Medien und die Öffentlichkeit zu steigern.

Es ist allerdings ermutigend, dass die ORKB in zahlreichen der befragten Länder bestimmte Verfahren eingerichtet haben, um Informationen von der Öffentlichkeit zu erhalten. In 46 der befragten Länder unterhalten die ORKB einen offiziellen Mechanismus, der es der Öffentlichkeit ermöglicht, Beschwerden zu melden und Vorschläge zu Behörden, Programmen oder Projekten zu übermitteln, die nach Meinung der Bürger von der ORKB geprüft werden sollten. Allerdings erhält in 12 dieser 46 Länder die ORKB von der Öffentlichkeit nur wenig oder gar keine Informationen zu möglichen Prüfungsgegenständen. Das könnte darauf hindeuten, dass die von der ORKB zur Einholung öffentlicher Vorschläge eingerichteten Mechanismen ungeeignet oder unpraktisch sind.

Aktualität

Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Prüfungsberichten verringern die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit, Prüfungsinformationen zur

³Die 44 Länder umfassen auch jene 27 Länder, in denen Prüfungsberichte nicht öffentlich verfügbar sind.

Durchsetzung von Verbesserungen in der Verwaltungsleistung zu verwenden. In 30 der befragten Länder hatte die ORKB die Prüfung der Ausgaben nicht innerhalb von 2 Jahren nach Ablauf des Haushaltsjahrs durchgeführt bzw. hatte die entsprechenden Berichte nicht innerhalb dieses Zeitraums veröffentlicht. In weiteren 13 Ländern schloss die ORKB ihre Prüfungen zwischen 12 und 24 Monate nach Ablauf des Haushaltsjahrs ab. In nur 15 der befragten Länder veröffentlichte die ORKB ihren Jahresbericht innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Haushaltsjahrs, wie in den internationalen guten Vorgehensweisen empfohlen wird.

Wirksame Nachverfolgung

Die Mandate der ORKB sehen für gewöhnlich keine direkte strategische oder politische Rolle für die Behörde vor. Daher muss die Legislative die Erkenntnisse und Empfehlungen der ORKB weiterverfolgen, wenn die Prüfungen der ORKB praktische Auswirkungen haben sollen. Allerdings wurde in 17 der befragten Länder die Tätigkeit der ORKB überhaupt nicht und in weiteren 20 nur in geringem Maße durch die Legislative weiterverfolgt.

In 64 Ländern gab die Exekutive nicht bekannt, ob und welche Maßnahmen von ihr zur Umsetzung der Prüfungsempfehlungen getroffen wurden. Außerdem berichteten in 64 Ländern weder die ORKB noch die Legislative der Öffentlichkeit über die Maßnahmen der Exekutive zur Umsetzung der Prüfungsempfehlungen. Die Nichtveröffentlichung der als Reaktion auf die Prüfungserkenntnisse getroffenen Maßnahmen macht es der Verwaltung leichter, die Prüfungsempfehlungen zu ignorieren.

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass in den meisten der befragten Länder die Aufsichtsfunktion der ORKB (und der Legislative) durch einige schwerwiegende Einschränkungen unterminiert wird. Eine wirksame Rechenschaftspflicht hängt nicht nur von Transparenz (und dem Zugang der Öffentlichkeit zu Haushaltsinformationen) ab, sondern auch von der Stärke von Institutionen wie den ORKB und der Legislativen. Bedauerlicherweise ergab die Erhebung, dass die Länder mit den schwächsten ORKB und Legislativen auch jene Länder waren, deren Haushaltssysteme die geringste Transparenz aufwiesen. Daher wurde die Ausübung der Haushaltsaufsicht in all diesen Ländern durch einen begrenzten Zugang zu Informationen und schwache offizielle Aufsichtsinstitutionen verhindert.

Die IBP hat zwei Empfehlungen, die die ORKB in der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion unterstützen sollen. Erstens könnten ORKB beginnen, enger mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) und mit der Öffentlichkeit zusammenzuarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit könnte den Prüfungserkenntnissen eine breitere Öffentlichkeit verschaffen, Druck auf die Exekutive zur Weiterverfolgung der Prüfungsempfehlungen aufbauen, neue Ideen und Nachweise für Prüfungsuntersuchungen einbringen und die den ORKB für die Durchführung von Prüfungen zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen.

Ein jüngstes Beispiel aus Honduras veranschaulicht diese Aspekte. 2007 startete der Tribunal Superior de Cuentas von Honduras (die nationale ORKB) ein Pilotprogramm für die verstärkte Miteinbeziehung der Öffentlichkeit in seine Prüfungen. Anhand von öffentlichen Informationen, die sie auf einer öffentlichen Tagung erhalten hatte, wählte die ORKB acht Behörden, darunter Krankenhäuser, Schulen und Gemeinden, zur Prüfung aus. Danach holte die ORKB Beschwerden über die Funktionsweise dieser Behörden ein, untersuchte diese Beschwerden und integrierte ihre Erkenntnisse in ihre Prüfungsberichte. Im Anschluss daran organisierte die ORKB eine weitere öffentliche Tagung, um die Prüfungsberichte zu erörtern, und Beamte der geprüften Stellen, die an der Tagung teilnahmen, wurden gebeten, zu den Prüfungserkenntnissen Stellung zu nehmen. Eine Bewertung der Initiative ergab, dass die von der Öffentlichkeit gewonnenen Informationen für eine große Zahl der Prüfungserkenntnisse aus diesen Pilotprüfungen verantwortlich waren – und dass viele dieser Erkenntnisse im Rahmen einer regulären Prüfungsuntersuchung nicht gewonnen worden wären.⁴

Zweitens könnte die auf dem XIX. INCOSAI in Mexiko eingerichtete gemeinsame Plattform⁵ dazu verwendet werden, gute Vorgehensweisen in der Zusammenarbeit zwischen ORKB und ZGO, durch die die Aufsicht über die Verwaltungshaushalte verbessert wird, zu dokumentieren. Die INTOSAI könnte die Plattform dann dazu nutzen, jene ORKB, die an einer Übernahme solcher guter Vorgehensweisen interessiert sind, zu ermuntern, Pilotinitiativen für die Zusammenarbeit mit ZGO zu starten und die Ergebnisse einer solchen Zusammenarbeit zu bewerten.

Die Open Budget Survey der IBP umfasste eine breitgefaste Analyse der ORKB-Praxis in 85 Ländern. Die Ergebnisse der Erhebung bieten Basisinformationen über die derzeitige Leistung der ORKB, einschließlich ihrer Unabhängigkeit, der Aktualität von Berichten und dem Maß der Interaktion mit der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse zeigen, dass es einiger Anstrengungen bedarf, um sicherzustellen, dass die institutionellen Strukturen und die Tätigkeit der ORKB den in der Deklaration von Lima festgelegten Standards entsprechen. Nur wenn sie diese Standards erreichen, werden die ORKB in der Lage sein, ihre Verwaltungen wirksam zur Rechenschaft zu ziehen.

Nähere Informationen über die IBP und die Open Budget Initiative sind bei Vivek Ramkumar unter ramkumar@cbpp.org oder auf der Website der IBP auf www.internationalbudget.org and www.openbudgetindex.org erhältlich.

⁴Quelle: International Budget Partnership. Siehe www.internationalbudget.org/resources/newsletter44.htm#Honduras.

⁵Auf ihrem XIX. Kongress in Mexiko 2007 richtete die INTOSAI mit der Hauptabteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) und der International Budget Partnership eine gemeinsame Plattform ein, um zu untersuchen, auf welche Weise ORKB Methoden der Zusammenarbeit zur verstärkten Beteiligung der Zivilgesellschaft am Prüfungsprozess fördern können. Nähere Informationen über die gemeinsame Plattform sind in dieser Zeitschrift unter <http://www.intosaijournal.org/pdf/jan2008.pdf> verfügbar.

Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen

by Michèl Admiraal, Royal Nivra, and Rudi Turksema, Netherlands Court of Audit

In den letzten Jahren sind soziale Verantwortung und politische Ergebnisse im öffentlichen Sektor zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Führungsorgane, Politiker, Controller und staatliche Finanzkontrollbehörden legen vermehrten Wert auf Leistungsinformationen in Haushaltsplänen und Berichten. Ein Großteil der Informationen über soziale Leistung und soziale Auswirkungen ist nicht-finanzieller Natur. Es geht hier nicht um einheitliche, messbare monetäre Einheiten, sondern vielmehr um Zahlen und Prozesse oder Systeme. Die öffentlichen Nutzer sind vor allem an nicht-finanziellen Informationen interessiert, die die Ergebnisse und Auswirkungen der Verwaltungspolitik widerspiegeln. Daher sind die Zuverlässigkeit und Relevanz dieser Informationen von größter Wichtigkeit. Rechnungsprüfer können eine entscheidende Rolle in der Gewährleistung der Zuverlässigkeit nicht-finanzieller Informationen spielen.

Im Gegensatz zur Berichterstattung über finanzielle Informationen stellt die Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen ein vergleichsweise neues Gebiet dar, für das es noch keine allgemein anerkannten Grundsätze gibt. Darüber hinaus sind die betreffenden Daten höchst vielfältig. Je qualitativer die Daten sind, umso schwieriger sind sie zu messen und zu bewerten. Außerdem ist die Prüfung nicht-finanzieller Informationen für viele Prüfungsbeamten ein neuer Prüfungsbereich. Aus diesem Grund hat Royal NIVRA (der niederländische Berufsverband für Wirtschaftsprüfer) ein Projekt ins Leben gerufen, das in der Veröffentlichung des NIVRA-Leitfadens „Die Arbeit mit nicht-finanziellen Informationen. Ein Leitfaden für die Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen im öffentlichen Sektor“. Mit dem Leitfaden soll ein Beitrag zur Entwicklung einer universellen Grundlage für die Berichterstattung über und Überprüfung von nicht-finanziellen Informationen geleistet werden. Er ist das Ergebnis der Arbeit von Vertretern unterschiedlicher Bereiche und Fachrichtungen des niederländischen öffentlichen Sektors, darunter auch Mitarbeiter des niederländischen Rechnungshofs (der niederländischen ORKB).

Dieser Artikel präsentiert die wichtigsten im Leitfaden dargestellten Erkenntnisse, einschließlich einer Reihe von Empfehlungen und einer Agenda für die zukünftige Prüfung nicht-finanzieller Informationen.

Fehlende Leitlinien für nicht-finanzielle Informationen

Im Bereich der finanziellen Informationen stehen bereits es seit geraumer Zeit umfassende Registrierungssysteme und allgemein anerkannte Grundsätze für die Darstellung solcher Informationen zur Verfügung. Anders sieht die Situation jedoch bei nicht-finanziellen Informationen aus, für deren Zuverlässigkeit es weniger Sicherheiten gibt und deren Qualitätserfordernisse noch nicht standardisiert sind. Da es noch keine geeigneten Kriterien und keinen Referenzrahmen für nicht-finanzielle Informationen gibt, ist es nicht immer möglich oder wünschenswert, solche Daten

zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf die Messung der Auswirkungen einer Politik. Eine Theateraufführung kann perfekt gespielt sein und alle Arten von objektiven Qualitätsstandards erfüllen, aber letztendlich bestimmt das Publikum, ob die Aufführung ein Erfolg war. Nicht-finanzielle Informationen erfordern daher besondere Sorgfalt, was ihre Definition, ihren Referenzrahmen und ihre Berichterstattung betrifft.

Im Leitfaden definieren wir nicht-finanzielle Informationen wie folgt:

Nicht-finanzielle Informationen umfassen alle quantitativen und qualitativen Daten über die verfolgte Politik, die Geschäftstätigkeit und die Resultate dieser Politik im Sinne von Leistung oder Wirkung, die in keiner direkten Verbindung zu einem finanziellen Registrierungssystem stehen.

Rechnungsprüfer werden immer häufiger gebeten, nicht-finanzielle Daten entweder unabhängig oder in Zusammenhang mit Rechnungsabschlüssen zu prüfen. Allerdings können Rechnungsprüfer eine solche Prüfung nur dann durchführen, wenn sie über einen klaren Rahmen zur Beurteilung der Informationen verfügen. Derzeit gibt es kein allgemein anerkanntes System für die Verwaltung von und Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen, weder für quantitative Daten wie bestimmte Zahlen noch für Politikauswirkungen, die aufgrund der Heterogenität der Informationen und der unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzer schwierig zu messen sind, was zu einer Diskussion über die Auslegung oder den Ursprung der Informationen führen kann. Insgesamt betrachtet besteht ein klarer Bedarf an verstärkter Strukturierung, Standardisierung und Anleitung.

Dieses Thema ist natürlich nicht neu. Es gab bereits verschiedene Entwicklungen und Initiativen in Bezug auf nicht-finanzielle Informationen im öffentlichen Sektor. In einigen Fällen genügt ein Bericht über die Erstellung der Informationen, während in anderen eine explizite Prüfung der betreffenden Informationen selbst erforderlich ist. Auf internationaler Ebene hat die INTOSAI die Leitlinie für Good Governance (INTOSAI GOV) 9220, Leitfaden zur Umsetzung des Normenrahmens für ORKB: Management-Diskussion und –analyse von Finanz- und Wirtschaftlichkeitsinformationen und sonstigen Informationen, veröffentlicht. Diese Leitlinie behandelt neben den Finanzinformationen auch Wirtschaftlichkeits- und Führungsinformationen (governance information), die nicht-finanzieller Natur sind. Auf dem Privatsektor kann dies beispielsweise Berichte über die soziale Verantwortung von Unternehmen, die Einbindung des Rechnungsprüfers in die Erstellung von sogenannten „In-Control Statements“ über die Effektivität des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung und Datenschutzprüfungen betreffen. Der Leitfaden greift diese Ideen und Initiativen auf.

Berichterstattung

Die Berichterstattung über Informationen erfolgt immer in Übereinstimmung mit einem konkreten Referenzrahmen, der die Kriterien oder Normen für die

Bewertung, Klassifizierung und Darstellung der Informationen enthält. Soweit dieser Rahmen die Darstellung von Informationen in einem Bericht betrifft, spricht man von Rechnungslegungsgrundsätzen. Die Finanzberichterstattung hat eine lange Entwicklung durchgemacht und kann inzwischen auf allgemein anerkannte Grundsätze zurückgreifen. Beispiele dafür umfassen nationale Normen der niederländischen Rechnungslegungsinstitution und internationale Normen, wie die International Financial Reporting Standards (für den Privatsektor) oder die International Public Sector Accounting Standards (für den öffentlichen Sektor).

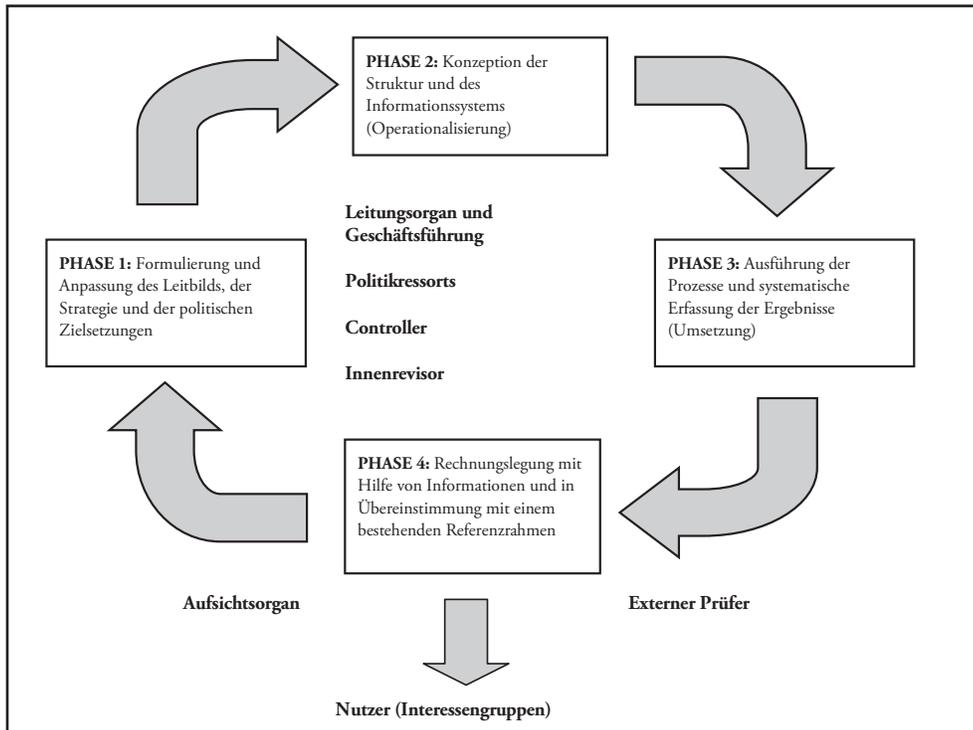
Bei nicht-finanziellen Informationen gibt es weder einheitliche Qualitätserfordernisse für die Informationen noch eine einheitliche Darstellungsweise. Es wurden nur begrenzte Verhaltensregeln für in diesem Bereich tätige Prüfungsbeamte entwickelt. Die Debatte über die Berichterstattung und Prüfung der Informationen befindet sich noch im Anfangsstadium. Im Bereich der Standardisierung steht die Berichterstattung über die soziale Verantwortung von Unternehmen im Vordergrund. Die Global Reporting Initiative veröffentlichte internationale Leitlinien für Nachhaltigkeitsberichterstattung, deren Anwendung auf freiwilliger Basis erfolgt. Obwohl Royal NIVRA im Jahr 2007 die niederländische Norm COS 3410N (Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten) herausgegeben hat, liegen zurzeit nur geringe Erfahrungswerte in Bezug auf deren praktische Umsetzung vor.

Managementzyklus

Zum besseren Verständnis der Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen ist es hilfreich, sich die Public Governance und den Managementzyklus in öffentlichen Organisationen anzusehen. Die Berichterstattung umfasst jene finanziellen und nicht-finanziellen Informationen, mit deren Hilfe eine öffentliche Organisation ihren Interessengruppen gegenüber Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegt. Diese Informationen existieren nicht in einem Vakuum, sondern sind Teil eines kontinuierlichen Planungs-, Gestaltungs-, Umsetzungs-, Mess- und Anpassungszyklus.

Wie in Abbildung 1 dargestellt erfordert Public Governance eine angemessene Verteilung der Aufgaben zwischen dem Leitungsorgan und der Geschäftsführung, den Politikressorts, dem Controller, dem Innenrevisor, dem externen Prüfer und dem Aufsichtsorgan. Die Qualität des Managementzyklus für nicht-finanzielle Informationen kann nur dann gewahrt werden, wenn er in die Steuerung und Kontrolle der Organisation integriert wird.

Abbildung 1: Managementzyklus für die Public Governance



Prüfer und Prüfung

Der Rechnungsprüfer kommt dann ins Spiel, wenn die Nutzer oder Informationsanbieter zuverlässige Informationen wollen. Durch seine Fachkenntnisse und sein Wissen über Organisationen und Informationssysteme ist er in der Lage, einen Beitrag zur Beurteilung nicht-finanzieller Informationen zu leisten. Die Inhalte dieser Beurteilung werden durch die Art der Informationen, die Rechnungslegungsmethode und die Bedürfnisse der Nutzer bestimmt. In diesem Zusammenhang, ist es wichtig zwischen Aufträgen, bei denen ein Prüfungsurteil abgegeben werden soll (Assurance Engagement), und solchen, bei denen kein Prüfungsurteil abgegeben wird (Non-Assurance Engagement) zu unterscheiden.

Bei Assurance Engagements, erstellt der Prüfer einen Assurance-Bericht, der die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung oder eines anderen Prüfungsgegenstands in einem vordefinierten Grad zusichert. Dazu müssen eine Reihe konkreter Bedingungen erfüllt werden. Bei einem Non-Assurance Engagement werden sachbezogene Erkenntnisse berichtet, ohne eine Schlussfolgerung oder ein Urteil abzugeben oder Ratschläge zu erteilen. Für jede Art von Auftrag existieren eigene Vorschriften und Berichte, wie in Abbildung 2 in Bezug auf die Normen der International Federation of Accountants (IFAC) gezeigt wird.

Abbildung 2: Internationaler Rahmen für Assurance Engagements

Prüfungsaufträge – Verhaltenskodex der IFAC			
Assurance Engagements		Non-Assurance Engagements	
Prüfung und prüferische Durchsicht historischer finanzieller Informationen		Andere Assurance Engagements	Vereinbarte Tätigkeiten
Jahresabschluss	Andere Finanzberichte		
ISA 200 - 2999	ISAE 3000 - 3999	ISRS 4400	

Legende:

ISA = International Standards on Auditing

ISAE – International Standards on Assurance Engagements

ISRS = International Standards on Related Services

Welche Rolle der Prüfer übernehmen soll, muss vom Auftraggeber und Nutzer entschieden werden. Wenn es um nicht-finanzielle Informationen geht, kann der Prüfer eine der folgenden drei Funktionen übernehmen:

- *Berater* in Bezug auf die Gestaltung und Verbesserung nicht-finanzieller Informationssysteme und -prozesse in der Organisation. Der Prüfer berät die betreffende Organisation. Hier kommt nur der Verhaltenskodex zur Anwendung.
- *Berichterstatter* über sachbezogene Erkenntnisse zum Prozess der Erstellung nicht-finanzieller Informationen, ohne diesbezüglich ein Prüfungsurteil abzugeben. In diesem Fall ziehen die Nutzer ihre eigenen Schlussfolgerungen auf Grundlage der sachbezogenen Erkenntnisse des Prüfers. Die primäre Grundlage für diese Art von Aufträgen sind der Verhaltenskodex und der International Standard on Related Services (ISRS) 4400.
- *Prüfer (assurance provider)* des Erstellungsprozesses oder der Informationen selbst als Ergebnis dieses Prozesses. Der Prüfer gibt ein Urteil (eine „Zusicherung“) über die Zuverlässigkeit des Prozesses oder der Informationen in Form eines Assurance-Berichts ab. Die primäre Grundlage für diese Art von Aufträgen sind der Verhaltenskodex, der Internationale Rahmen für Assurance Engagements und ISAE 3000.

In die Untersuchung können auch weitere Experten, EDV-Prüfer, Unternehmensberater oder Sozialwissenschaftler mit eingebunden werden

Empfehlungen

Die Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen ist mehr als ein extern gelenkter Prozess, bei dem der Prüfer als Assurance Provider fungiert. Sie muss auch

Teil der Steuerungs- und Kontrollstruktur sein und die Anliegen der Nutzer in den Mittelpunkt stellen. Der Leitfaden ordnet die Empfehlungen drei Kategorien zu, die mit den unterschiedlichen Phasen des Managementzyklus für nicht-finanzielle Informationen verbunden sind. Sie wurden so formuliert, dass sie sowohl für den öffentlichen als auch den privaten Sektor relevant sind.

Strategie und Politik

- Eine Erwartungslücke im Bereich der Prüfung nicht-finanzieller Informationen lässt sich durch die Mitwirkung von und Kommunikation mit allen betroffenen Parteien, insbesondere den Nutzern der Informationen, vermeiden.
- Die Grundlage für die Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen liegt auf der Führungsebene. Dementsprechend müssen Strategie und Methodik so konkret wie möglich formuliert werden.
- Ein entsprechendes System nicht-finanzieller Informationen erfordert eindeutige, einheitliche und transparente Bezeichnungen und Definitionen.
- Die Berichterstattung über nicht-finanzielle Informationen muss sich auf eine begrenzte Zahl relevanter politischer Schwerpunkte konzentrieren.
- Angesichts des sich ständig verändernden sozialen und politischen Umfelds, muss die Gestaltung eines nicht-finanziellen Informationssystems immer ein gewisses Maß an Flexibilität aufweisen.

Organisation und Umsetzung

- Die Berichterstattung und Abgabe eines Prüfungsurteils über nicht-finanzielle Informationen muss ein fixer Bestandteil der Führungs- und Managementkontrollstruktur einer Organisation sein.
- Die Abgabe eines Prüfungsurteils über nicht-finanzielle Informationen ist nur dann möglich, wenn die Berichterstattung im Rahmen eines Planungs- und Kontrollsystems erfolgt.

Berichterstattung und Prüfung

- Ein gewisses Maß an Flexibilität ist auch bei der Prüfung von nicht-finanziellen Informationen erforderlich. Die Prüfung muss Mittel zum Zweck sein.
- Prüfungsgegenstand und Funktion des Prüfers müssen im Vorhinein klar festgelegt werden.
- Je weniger nicht-finanzielle Informationen mit finanziellen Informationen verknüpft sind, umso wünschenswerter ist eine Zusammenarbeit mit anderen Experten in multidisziplinären Teams.

Eine Agenda für die Zukunft

Der Leitfaden stellt nur eine Momentaufnahme dieser Problematik dar. Vor allem im Bereich der Informationstechnologie und der Public Governance findet ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess statt. Informationen werden zunehmend in digitaler Form bereitgestellt und die Veröffentlichung von Informationen über das Internet wird immer mehr zur Norm. Die Berufsvorschriften für Rechnungsprüfer sind ebenfalls Änderungen unterworfen. Die Agenda für die Zukunft präsentiert vier Empfehlungen für weitere Initiativen auf dem Gebiet der Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen. Jeder Punkt der Agenda richtet sich an eine konkrete Zielgruppe und enthält eine Aufforderung zu weiterem Handeln.

Agenda für Führungs- und Verwaltungsgremien

Nicht-finanzielle Informationen müssen einen expliziten Platz innerhalb der Steuerung und Kontrolle einer Organisation haben. Eine umfassende Kommunikation ihrer Relevanz und Zuverlässigkeit ist für alle beteiligten Parteien erforderlich. Rechnungsprüfer können in diesem Zusammenhang eine koordinierende Funktion übernehmen.

Agenda für Rechnungsprüfungsinstitutionen

Rechnungsprüfungsinstitutionen müssen Prüfern vermehrte Leitlinien für die Untersuchung und Beurteilung nicht-finanzieller Informationen zur Verfügung stellen.

Agenda für Rechnungsprüfer

Prüfer erfüllen eine gesellschaftliche Aufgabe und müssen bereit sein, ein Prüfungsurteil zu formulieren, das für die Nutzer nicht-finanzieller Informationen klar verständlich ist.

Agenda für Fachexperten

Um die Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen zu vereinfachen, sind neue Methoden der Rechnungsführung und Rechnungsprüfung erforderlich. Diese Aufgabe könnte von Controllern, Innenrevisoren und externen Prüfern übernommen werden.

Da zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zahlreichen Parallelen bestehen, gelten die Empfehlungen und Agendapunkte auch für den Privatsektor. Eine Befassung mit diesem Thema auf oberster Organisationsebene ist eine wesentliche Bedingung für eine verstärkte Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen. Regelsysteme und der Managementzyklus für Informationen sind die Grundlagen für die Berichterstattung über und Prüfung von nicht-finanziellen Informationen.

Weitere Informationen über dieses Projekt sind auf der Website von Royal NIVRA unter www.nivra.nl verfügbar. Der Leitfaden kann unentgeltlich von der NIVRA-Website unter www.nivra.nl/Sites/Files/0000024233_EnglishversionNFI.pdf heruntergeladen werden.

Nähere Informationen sind von den Autoren erhältlich: Michèl Admiraal, Projektleiter bei Royal NIVRA, unter m.admiraal@nivra.nl und Rudi Turksema, Experte für Wirtschaftlichkeitsprüfung am niederländischen Rechnungshof unter r.turksema@rekenkamer.nl.



von Kirsten Astrup, Direktorin für Strategische Planung der INTOSAI

Die enorme Bedeutung des Austauschs von Wissen kann nicht oft genug betont werden. Sich auszutauschen und voneinander zu lernen spiegelt das Motto der INTOSAI „Experientia Mutua Omnibus Prodest“ in direkter Weise wider. Im Rahmen meiner Teilnahme an den Tagungen der Steuerungskomitees und Unterkomitees der für die einzelnen strategischen Ziele der INTOSAI eingerichteten Komitees konnte ich in den letzten 2 Jahren echten Teamgeist und gelebten Wissensaustausch beobachten. Dieser Teamgeist zeigte sich auch in der Zusammenarbeit während der Entwicklung des strategischen Plans und in der Praktik, Dokumententwürfe zur Begutachtung und Stellungnahme aufzulegen. Nachdem ich aus einer Arbeitskultur komme, in der Kooperation einen hohen Stellenwert genießt, ist diese Art des Informations- und Wissensaustausch nicht neu für mich – er ist ein wichtiger Eckpfeiler der Teamarbeit, der sich in drei Schlüsselprinzipien manifestiert: Kooperations- und Teamgeist, Offenheit und Respekt für andere. Diese Prinzipien helfen uns, unsere Aufgaben auf effiziente und konstante Weise zu erledigen.

In der letzten Ausgabe der Zeitschrift habe ich versprochen, in dieser Ausgabe über das Thema Wissensaustausch zu schreiben, da zum Zeitpunkt der Fertigstellung meiner Kolumne die erste Tagung des Steuerungskomitees des Komitees für Austausch von Wissen (strategisches Ziel 3 der INTOSAI) bevorstand. Ich habe sehr gerne an der Tagung teilgenommen, auf der Vinod Rai, der Comptroller und Auditor General von Indien sehr effizient und professionell den Vorsitz führte.

Der Austausch von Wissen ist ein Konzept, das wir vermutlich auf unterschiedliche Weise interpretieren, und bevor ich zur Tagung nach



Kirsten Astrup

Neu Delhi fuhr, nahm ich mir etwas Zeit, um darüber nachzudenken. Wir tauschen ständig Wissen untereinander aus. In unserer Jugend vermitteln uns unsere Lehrer ihr Wissen über Fächer wie Mathematik, Geographie oder Geschichte. Wenn wir einen Roman lesen, entführt uns der Autor oder die Autorin in seine oder ihre imaginäre Welt, und wir versetzen uns oft in einen oder mehrere der Charaktere hinein und teilen ihr Wissen und ihre Gefühle. Natürlich denken wir nicht an diese Art von Wissensaustausch, wenn wir über dieses allumfassende Thema in Zusammenhang mit dem Strategischen Plan der INTOSAI sprechen. Wie im Plan festgehalten, ist das Ziel der INTOSAI die „Einladung der ORKB zu Zusammenarbeit, Mitwirkung und kontinuierlichem Fortschritt durch Wissensaustausch“.

Die Struktur des Komitees für den Austausch von Wissen ähnelt nun jener der Komitees unter den anderen beiden operativen Zielen des strategischen Plans. Allerdings ist dieses Komitee bei weitem das größte und vereint 104 Mitglieder unter seinem Dach. Um den Lesern einen Einblick in die Tätigkeitsbereiche innerhalb dieses Ziels zu geben, sind untenstehend die neun Arbeitsgruppen mit ihren Vorsitzländern angeführt:

- Staatsschulden, *Mexiko*
- IT-Prüfung, *Indien*
- Umweltprüfung, *Estland*
- Privatisierung, Wirtschaftsregulierung und Public Private Partnerships, *Vereinigtes Königreich*
- Programmevaluierung, *Frankreich*
- Bekämpfung der internationalen Geldwäsche und Korruption, *Ägypten* (ab Juni 2009)
- Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe, *Europäischer Rechnungshof*
- Nationale Schlüsselindikatoren, *Russische Föderation*
- Wert und Nutzen der ORKB, *Südafrika*

Zusätzlich zu den neun Arbeitsgruppen gibt es auch zwei Task Forces: INTOSAI Kommunikationsstrategie, unter dem Vorsitz des Generalsekretariats der INTOSAI, und Globale Finanzkrise, unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Zeitschrift ist ebenfalls Teil des strategischen Ziel 3 der INTOSAI.

Auf der Tagung in Neu Delhi berichteten die Ziel-3-Arbeitsgruppen und Task Forces über die von ihnen erzielten Fortschritte (siehe die Rubrik “INTOSAI Intern” der Ausgabe April 2009 der Zeitschrift für nähere Informationen über die einzelnen Berichte). Es hat mich gefreut, zu sehen, dass der Strategische Plan weiterhin mit großer Effizienz und breiter Unterstützung umgesetzt wird. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppen und Task Forces ist sehr beeindruckend und die behandelten Themen sind sowohl für die INTOSAI in ihrer Gesamtheit als auch für die einzelnen ORKB von großer Wichtigkeit. Die Aktivitäten umfassen die Durchführung von

Best-Practice-Studien, die Erstellung von Prüfungsleitfäden und die Forschung zu Themen, die für alle von Interesse und Belang sind. Dazu zählen auch Instrumente zur Schaffung von Benchmarks und Kommunikationstools, die den Wissensaustausch zwischen den ORKB fördern.

Auf der Tagung gab es zahlreiche gute Diskussionen über zukünftige Aufgaben und bisherige Leistungen. Ein Großteil der kreativen Arbeit in diesen Arbeitsgruppen und Task Forces besteht darin, das Wissen innerhalb der Gruppe zu erfassen und zu sammeln und es für andere sichtbar und zugänglich zu machen. Magnus Borge, der Generaldirektor der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI), erklärte, dass sich das Hauptaugenmerk der IDI bei der Erstellung ihres strategischen Plans für 2007–2012 vom Austausch von Informationen auf den Austausch von Wissen verlagerte, nachdem der Unterschied zwischen den beiden Konzepten in zunehmendem Maße erkannt worden war. Die IDI sieht Informationen als Strukturen, die aus einem Datensatz extrahiert werden, an, während Wissen handlungsrelevante Informationen oder die Fähigkeit zu handeln darstellt. Die IDI stellte fest, dass der Austausch von Wissen nur eine von vier Komponenten des Wissensmanagements ist, die anderen Komponenten sind die Schaffung, Erfassung und Anwendung von Wissen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, alle Komponenten des Wissensmanagement vor Augen zu behalten. Natürlich müssen wir Wissen zuerst schaffen und erfassen, bevor wir es austauschen können. Außerdem müssen wir uns auch auf die vierte Komponente – die Anwendung von Wissen – konzentrieren und dürfen nicht weiter dazu neigen, Wissen als Synonym für Informationen zu verwenden und keinen Unterschied zwischen den beiden Begriffen zu machen. Meiner Ansicht nach besteht die Herausforderung für die INTOSAI und die einzelnen ORKB darin, ausgetauschtes Wissen in unsere Wissensbasis zu integrieren und es auf produktive Weise anzuwenden, um unsere eigenen Leistungen und die Leistungen unserer Organisation zu verbessern und das Ziel der INTOSAI, eine internationale Organisation mit Vorbildcharakter zu werden, umzusetzen.

In der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift plane ich über einige Aspekte des Ausbaus von Sachkompetenzen der ORKB (Ziel 2 des Strategischen Plans) zu schreiben.

Sollten Sie zu Themen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Strategischen Plans der INTOSAI Stellung nehmen wollen, stehe ich unter astrup@rechnungshof.gv.at gerne zur Verfügung.

Unterkomitee für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung



Zeitplan für die Begutachtung der Praxisvermerke

Die Praxisvermerke für die folgenden International Standards on Auditing (ISA) werden von Mai bis Juli 2009 zur Begutachtung aufliegen:

- ISA 402 – Abschlussprüfung bei teilweiser Auslagerung der Rechnungslegung auf Dienstleistungsunternehmen
- ISA 530 – Stichprobenverfahren
- ISA 501 – Prüfungsnachweise zu bestimmten Abschlussposten und Angaben
- ISA 510 – Erstprüfungen – Eröffnungssalden
- ISA 520 – Analytische Prüfungshandlungen
- ISA 540 – Die Prüfung von geschätzten Werten in der Rechnungslegung, einschließlich Schätzungen des beizulegenden Zeitwerts und zugehöriger Angaben

Die Praxisvermerke für die folgenden ISAs werden von Juni bis August 2009 zur Begutachtung aufliegen:

- ISA 265–Übermittlung von Mängeln bei internen Kontrollen an die für die Führung/Überwachung verantwortlichen Personen
- ISA 320–Wesentlichkeit bei der Planung und Durchführung eines Prüfungsauftrags (Neubegutachtung)
- ISA 620–Verwendung der Arbeit eines Sachverständigen

Zusätzlich zu diesen Praxisvermerken sollen die folgenden zwei allgemeinen Internationalen Normen für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ISSAI) von Juli bis Oktober 2009 zur Begutachtung stehen, nachdem sie auf der Juni-Tagung des Steuerungskomitees des PSC angenommen wurden:

- ISSAI 1000 – Allgemeine Einführung in die INTOSAI-Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung
- ISSAI 1003 – Begriffsglossar zu den INTOSAI-Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung

Tagungen der Unterkomitees

Im April 2009 veranstaltete der Europäische Rechnungshof eine Tagung des Unterkomitees für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung (FAS) in Luxemburg. Auf dieser Tagung wurden sieben Praxisvermerke zur Begutachtung freigegeben und neun Praxisvermerke in ihrer endgültigen Version angenommen.

Im Oktober 2009 wird die letzte Tagung des FAS vor der Präsidiumstagung der INTOSAI stattfinden, auf der 36 ISSAIs zur Annahme vorgelegt werden sollen.

Übermittlung der ISSAIs

Das FAS überlegt derzeit, wie die ISSAIs auf dem 2010 in Südafrika stattfindenden XX. INCOSAI präsentiert werden können. Das FAS hofft, dass die ORKB zu diesem Zeitpunkt bereits mit den INTOSAI-Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung vertraut sind und dass alle ORKB die ISSAIs in ihrem Tagesgeschäft umsetzen wollen.

Nähere Informationen sind beim Sekretariat des FAS erhältlich:

E-mail: projectsecretariat@riksrevisionen.se

Website: <http://psc.rigsrevisionen.dk/fas>

Erste Tagung der INTOSAI Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB

Die erste Tagung der Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB fand von 9. bis 11. März 2009 in Sun City, in Südafrika statt. Die Arbeitsgruppe besteht aus 14 Mitgliedern, die fast alle Regionalorganisationen der INTOSAI und auch unterschiedliche Prüfungssysteme vertreten.



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB auf ihrer ersten Tagung im März 2009 in Südafrika.

Auf der Tagung kamen die Teilnehmer der Arbeitsgruppe überein, dass der Wert und der Nutzen einer ORKB in zwei Schwerpunktbereichen anzusiedeln ist. ORKB sollten

- unabhängige Organisationen mit Vorbildcharakter und
- Institutionen, deren Tätigkeit positive Veränderungen im Leben der Bürger bewirkt, sein

Anschließend bestimmten die Teilnehmer die Grundvoraussetzungen und damit verbundenen Leitprinzipien für jeden Bereich. Unter Berücksichtigung der Vorarbeit, die die INTOSAI in Bezug auf die Grundvoraussetzungen bereits geleistet hat, hielten die Teilnehmer acht Grundprinzipien für den ersten Bereich und fünf für den zweiten Bereich fest.

Die folgenden grundlegenden Leitprinzipien wurden für den ersten Bereich – die ORKB als unabhängige Organisationen mit Vorbildcharakter – festgelegt:

- die Unabhängigkeit der ORKB,
- die Transparenz und Rechenschaftspflicht der ORKB,
- herausragende Dienstleistungen und Qualitätserwägungen in allen Aspekten der Tätigkeit der ORKB,
- Good-Governance-Vorkehrungen innerhalb der ORKB,
- die Fähigkeit der ORKB, auf Veränderungen in ihrem Umfeld und in den Erwartungen der Interessengruppen einzugehen, ohne ihre Unabhängigkeit zu gefährden,
- die Anwendung eines Pflichten- und Verhaltenskodex in den ORKB,
- Wissensaustausch unter den ORKB und
- Verbesserung des Ansehens der ORKB.

Die folgenden grundlegenden Leitprinzipien wurden für den zweiten Bereich – die ORKB als Institutionen, deren Tätigkeit positive Veränderungen im Leben der Bürger bewirkt – festgelegt.

- ORKB tragen durch die Stärkung von Rechenschaftspflicht und Transparenz zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger bei, da die Verwaltung Rechenschaft darüber ablegen muss, ob sie ihre Mittel
 - rechtmäßig und verantwortungsvoll,
 - für den vorgesehenen Zweck und
 - sparsam, wirtschaftlich und wirksam verwendet.
- ORKB sind eine glaubwürdige Quelle von unabhängigen Erkenntnissen und Leitlinien zur Förderung kontinuierlicher Verbesserungen in der Verwaltung.
- ORKB helfen der Öffentlichkeit, die Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen und zu entsprechendem Handeln zu bewegen, indem sie der Öffentlichkeit
 - objektive Informationen,
 - einfache und klare Inhalte und
 - einen einfachen Zugang zu Prüfungsberichten und Mitteilungen in den maßgeblichen Sprachen zur Verfügung stellen.
- ORKB helfen der Gesetzgebung, ihren Kommissionen oder den für die Führung und Kontrolle verantwortlichen Personen dabei, ihre Aufgaben zu erfüllen, auf Prüfungserkenntnisse und empfehlungen einzugehen und die entsprechenden korrigierenden Maßnahmen zu setzen.

- ORKB verfolgen Prüfungserkenntnisse und Empfehlungen weiter und überprüfen die Umsetzung der Empfehlungen.

Die Arbeitsgruppe erwartet, dass diese Voraussetzungen, Leitprinzipien und Verweise auf die INTOSAI-Leitlinien und ORKB-Praktiken einen Rahmen zur Steigerung des Wertes und des Nutzens der ORKB darstellen werden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe führen derzeit eine nähere Untersuchung der 13 von ihnen genannten Voraussetzungen durch, um so eine Reihe von Schlüsselfragen zusammenzustellen, die als Grundlage für die Einholung weiterer Informationen von den ORKB dienen sollen. Der Rahmen und die Evaluierungsfragen werden zu einem Grundsatzpapier zusammengefasst, das in die offiziellen Sprachen der INTOSAI übersetzt und im September 2009 an alle ORKB ausgesendet werden soll. Die Antworten der ORKB auf das Grundsatzpapier werden in ein Diskussionspapier zu Thema 1 des 2010 in Südafrika stattfindenden XX. INCOSAI einfließen.

Das Diskussionspapier wird im Mittelpunkt der nächsten Tagung der Arbeitsgruppe stehen, die von der ORKB der Russischen Föderation im März 2010 veranstaltet werden wird.

Nähere Informationen sind bei der ORKB von Südafrika erhältlich:

E-mail: namhlam@agsa.co.za

Website: www.agsa.co.za

Als Antwort auf die gegenwärtige Finanzkrise und des weltweiten Wirtschaftsabschwungs richtete das INTOSAI Präsidium auf seiner 58. Tagung im November 2008 in Wien die Task Force Globale Finanzkrise ein. Das U.S. Government Accountability Office (GAO) wurde mit dem Vorsitz der Task Force betraut. Die erste Tagung der Task Force fand Ende Februar 2009 in Form einer Telekonferenz statt. Die Tagung, die im Juni in Washington stattfand, war die erste Präsenztagung der Task Force.

Task Force Globale Finanzkrise

Welche Rolle spielen ORKB in der globalen Finanzkrise?

Diese Frage war die Triebfeder der Tagung der INTOSAI Task Force Globale Finanzkrise, die von 29. Juni bis 1. Juli 2009 in Washington stattfand. Vertreter von 24 der 25 Mitglieds-ORKB der Task Force trafen zusammen, um Meinungen zu diesem entscheidenden Thema auszutauschen und hochrangigen Experten aus den Bereichen Finanzwesen, Wirtschaft, Politikwissenschaft, internationale Entwicklung, staatliches Rechnungswesen und staatliche Finanzkontrolle zuzuhören. Im Laufe der kommenden Jahre werden die Mitglieder der Task Force weiterhin die überaus wichtige Rolle der ORKB bei der Bewältigung der derzeitigen globalen Finanzkrise beleuchten.

Die Tagung konzentrierte sich auf vier Hauptthemen, die die im Aufgabenbereich der Task Force festgelegten Zielsetzungen umfassten. Die vier Themen waren

- Gewonnene Erkenntnisse und die Entstehung der Finanzkrise;
- Erstmaßnahmen der Verwaltung zur Abwendung oder Minimierung der Krise und ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft;
- Reformen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie
- Herausforderungen für ORKB und internationale Verpflichtungen.



Die Teilnehmer der Tagung der Task Force Globale Finanzkrise in Washington.

Auf der Tagesordnung standen Präsentationen über die Globalisierung des Hypothekenwesens, die Auswirkung von Rechnungslegungsnormen auf Jahresabschlüsse und internationale Standard-Setting-Aktivitäten, die Konjunkturbelebung und Herausforderungen für ORKB. Die Mitglieder der Task Force diskutierten zahlreiche aufschlussreiche Ansichten zu den nachfolgenden wichtigen Themen, die in den Diskussionen und Präsentationen immer wieder aufgegriffen wurden.

Ethik und institutionelle Arroganz

Die Krise zeigt die engen Verflechtungen, die zwischen Ethik, Transparenz und Risikomanagement bestehen. Zu den Ursachen der gegenwärtigen Finanzkrise zählen auch die mögliche Rolle von Unternehmensethik und institutioneller Arroganz sowie Anreizsysteme, die längerfristige Risiken unberücksichtigt ließen und sich stattdessen auf kurzfristige Gewinne und Transaktionskosten konzentrierten. Die Teilnehmer diskutierten darüber, wie die Gesellschaft sich selbst vor Aktivitäten schützen kann, die zwar nicht strafbar, aber letztlich doch von großem Nachteil sind.

Die Finanzkrise und die Realwirtschaft

Die Krise des Finanzsektors hat auch die Realwirtschaft erfasst. Selbst wenn sich die Situation auf den Finanzmärkten und dem Bankensektor stabilisiert, kann die derzeitige Krise weiter andauern, wenn sich die Realwirtschaft nicht erholt. Einer der Vortragenden schlug vor, dass bei der Betrachtung der Effektivität der Verwaltungsmaßnahmen erwogen werden sollten, über konventionelle wirtschaftliche Abhilfemaßnahmen – wie große Konjunkturpakete – hinauszugehen, da die Volkswirtschaften einkommensstarker Länder derzeit über enorme Überschusskapazitäten verfügen. Dazu wären staatliche Konjunkturpakete erforderlich, die die Wachstumsengpässe durch innovative, eine kurzfristige Schaffung

Veranstaltet wurde die Tagung von den Vereinigten Staaten, die auch den Vorsitz führten. Zu den Teilnehmern zählten die Leiter der ORKB von Indonesien, Kanada, Marokko, den Niederlanden, Saudi Arabien, Schweden, Venezuela und Zypern sowie Vertreter der ORKB von Chile, China, Dänemark, Estland, Finnland, Großbritannien, Italien, Japan, Korea, Mexiko, Österreich, Polen, Russland, der Slowakei und Ungarn.

von Arbeitsplätzen und langfristiges Wachstum fördernde Projekte beseitigen können. In diesem Fall werden die konjunkturbelebenden Projekte durch das Wirtschaftswachstum und nicht über zukünftige Steuern oder Inflation finanziert.

Glaubwürdigkeit und Transparenz

Die Glaubwürdigkeit und Transparenz von Finanzinformationen, Rechnungsabschlüssen und Finanzinstrumenten (Wertpapiere, Derivate, etc.) sind entscheidende und wesentliche Faktoren zur Verringerung des Risikos zukünftiger Krisen. ORKB müssen unabhängig sein und können eine wichtige Rolle dabei spielen, die Handlungen von Entscheidungsträgern durch Best Practices, einschlägige Erfahrungen, fachliche Normen und Ethikregeln positiv zu beeinflussen.

Weitere Schritte

Die Task Force ist derzeit mit der Festlegung ihrer Organisationsstruktur beschäftigt, um die INTOSAI-Mitglieder bei der Bewältigung der zahlreichen mit dieser Krise verbundenen Herausforderungen unterstützen zu können. Die Task Force erwägt, eine Unterteilung ihrer 25 Mitglieder in kleinere Untergruppen durchzuführen, von denen sich jede auf einen der folgenden Bereiche konzentrieren würde:

- die Ursachen der Finanzkrise und mögliche Maßnahmen zu Minimierung zukünftiger Krisen,
- Maßnahmen der Verwaltungen zum Schutz der Realwirtschaft und Stabilisierung der Finanzmärkte und
- Herausforderungen für ORKB.

Weiters wird auch der Einsatz von Kommunikationsinstrumenten zum Austausch von Wissen und Best Practices unter den Mitgliedern der Task Force und zur Vereinfachung der Zusammenarbeit innerhalb und unter den Regionalorganisationen überlegt.

Nähere Informationen sind beim GAO erhältlich spel@gao.gov.

Die Pazifische Assoziation Oberster Rechnungskontrollbehörden

Tagung der Übergangsarbeitsgruppe in Wellington

Die Übergangsarbeitsgruppe (TWG) der Pazifischen Assoziation Oberster Rechnungskontrollbehörden (PASAI) tagte von 23. bis 25. März 2009 in Wellington, Neuseeland, um die PASAI Charta fertigzustellen, die Maßnahmen für Programmfinanzierung und Personalressourcen zu überprüfen, einen Rahmen für ein Programm zum Ausbau der Sachkompetenzen zu erörtern und einen Vorschlag für die

Durchführung einer kooperativen Wirtschaftlichkeitsprüfung auszuarbeiten. Die vormals als SPASAI bekannte PASAI führt gerade eine Änderung ihrer Organisationsstruktur durch und hat die TWG zur Überwachung der Umsetzungsmaßnahmen eingerichtet.

Paul Allsworth, Vorsitzender des TWG Komitees und Auditor General der Cook Inseln, erklärte, dass die Ziele der Tagung erfolgreich umgesetzt wurden und die ORKB-Leiter und Partnerbehörden wertvolle Inputs geliefert haben, die bedeutende Fortschritte bei der Gestaltung, Planung und Mittelbereitstellung für die verschiedenen im Rahmen der Pacific Regional Audit Initiative (PRAI) geplanten Initiativen ermöglichten.

Kevin Brady, Generalsekretär der PASAI und Controller und Auditor-General von Neuseeland, bemerkte, dass die Initiativen nach der Einrichtung des gestärkten PASAI Sekretariats auch von diesem geleitet würden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird Eroni Vatuloka, der frühere Auditor-General von Fidschi und neu ernannter Programmkoordinator der PASAI, die vorbereitenden Initiativen leiten.

Zu den Mitgliedern der TWG zählen die Leiter der ORKB der Cook Inseln, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa und Tuvalu. Auf der Tagung in Wellington vertreten waren außerdem die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), die australische Behörde für internationale Entwicklung (AusAID), die INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI), die internationale Hilfs- und Entwicklungsbehörde Neuseelands (NZAID), die Weltbank und das Sekretariat des Pacific Islands Forum.

Verbesserung der öffentlichen Finanzkontrolle in Kiribati, Nauru und Tuvalu

Im Rahmen der neuen PASAI-Initiativen unterzeichneten die Leiter der ORKB von Kiribati, Nauru und Tuvalu im März 2009 eine Absichtserklärung zur Initiierung des Subregional Audit Support (SAS) Programms unter dem Schirm der Pacific Regional Audit Initiative (PRAI). Die PRAI wurde im Zuge eines umfassenden 18-monatigen Beratungsprozesses unter der Leitung der PASAI, mit Unterstützung der ADB und AusAID und unter der Koordination des Sekretariats des Pacific Islands Forum entwickelt. Das Forum umfasst 16 unabhängige und selbstverwaltete Pazifikstaaten und ist die führende politische und wirtschaftspolitische Organisation in der Region.

Isaako Kine, Vorsitzender des SAS-Programmkomitees und Auditor General von Tuvalu, meinte, dass das Ziel des SAS-Programms darin besteht, die zeitgerechte Prüfung der staatlichen Rechnungsführung von Kiribati, Nauru und Tuvalu unter Einhaltung einheitlich hoher Qualitätsstandards zu gewährleisten. Er erklärte: „Das SAS-Programm wird durch die verstärkte Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Prüfung und Überwachung des Einsatzes öffentlicher Mittel in Kiribati, Nauru und Tuvalu auch einen Beitrag zur guten Verwaltungsführung leisten. . . . Das SAS-Programm wird außerdem die nationalen Kompetenzen im Bereich der Finanzgebarung ausbauen und Rechenschaftsmechanismen stärken.“

Barry Reid, leitender Experte für Finanzmanagement der Asiatischen Entwicklungsbank, bemerkte, dass das Programm die einstimmige Unterstützung der PASAI-Mitglieder und der Staats- und Regierungschefs und Wirtschaftsminister des Pacific Island Forum genießt. Im Rahmen des SAS-Programms wird ein Team gemeinsam mit den drei teilnehmenden Ländern Prüfungen der Rechnungsführung und später auch Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchführen. „Die SAS-Teammitglieder werden vom Kiribati National Audit Office, dem Nauru Audit Department und dem Office of the Auditor General von Tuvalu abgestellt und werden von externen Prüfungsmitarbeitern mit praktischer Prüfungs- und Schulungserfahrung angeleitet“, erklärte Reid. „Die erste Programmperiode umfasst den Zeitraum 2008–2012, anschließend soll das Programm evaluiert werden“.

Isaako Kine hielt fest, dass das gestärkte PASAI Sekretariat, nach dessen Einrichtung, mit der Leitung des Programms unter der Aufsicht eines SAS-Programmkomitees betraut werden wird. In der Zwischenzeit wird das Programm vom SAS-Programmkordinator unter der Aufsicht des SAS-Programmkomitees eingerichtet und geleitet.

Tuiloma Neroni Slade, Generalsekretär des Pacific Islands Forum, meinte, dass die Staats- und Regierungschefs des Forums die Prüfungsinitiative als wichtiges regionales Vorhaben bezeichnet haben. Er erklärte, dass die Fortschritte bei der PRAI eine eindrucksvolle Demonstration der regionalen Zusammenarbeit sei, bei der die knappen Ressourcen gebündelt werden, um eine verstärkte Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Bewirtschaftung und dem Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern. Obwohl noch viele Aufgaben anstehen, zeigen die beachtlichen Fortschritte das Engagement aller wichtigen Interessengruppen – nationale ORKB, die die Initiative unterstützen; die PASAI, die sie führt und leitet; und die ADB, AusAID und die IDI, die finanzielle und fachliche Unterstützung leisten.

Das SAS-Programmkomitee, das zur Umsetzung des SAS-Programms eingerichtet wurde, tagte von 19. bis 20. März 2009 in Wellington, Neuseeland, um Übergangsvorkehrungen zu treffen und Personalressourcen freizusetzen, damit ab dem dritten Quartal 2009 in den drei teilnehmenden Ländern kooperative Prüfungen durchgeführt werden können. Der Arbeitsgruppe gehören die Leiter der ORKB von Kiribati, Nauru und Tuvalu an. An der Tagung nahmen außerdem Vertreter der ADB, AusAID, INTOSAI und des Sekretariats des Pacific Islands Forum teil.

Nähere Informationen sind bei der PASAI erhältlich:

E-mail: perca@auditoffice.gov.ck; enquiry@oag.govt.nz

Website: www.pasai.org

Transregionales Programm der IDI für die Prüfung von Staatsschulden

Im Jahr 2008 startete die IDI das Transregionale Programm für den Ausbau von Sachkompetenzen für die Prüfung von Staatsschulden. Dieses Programm soll die professionellen und organisatorischen Kapazitäten der teilnehmenden ORKB im Bereich der Staatsschuldenprüfung ausbauen. Angesichts der Vielfalt der Erfahrungen und Entwicklungen in diesem Bereich soll das Programm sowohl den Ordnungsmäßigkeitsprüfungs- als auch den Wirtschaftlichkeitsprüfungsansatz für die Prüfung von Staatsschulden behandeln. Es wird in Zusammenarbeit mit dem Schuldenmanagementprogramm (DMFAS) der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), dem Institut der Vereinten Nationen für Ausbildung und Forschung (UNITAR) und der INTOSAI Arbeitsgruppe für die Staatsschulden durchgeführt werden. Das Programm wird bis 2011 laufen und wird Online-Schulungen für die Prüfung von Staatsschulden, die Anpassung der INTOSAI Leitfäden an die einzelnen ORKB und Pilotprüfungen von Staatsschulden umfassen. Es soll ORKB auch ermöglichen, Handbücher für die Prüfung von Staatsschulden an internationale Best Practices anzupassen. 28 ORKB aus der AFROSAI-E (englischsprachig), AFROSAI-F/CREFIAP (französischsprachig), ARABOSAI, ASOSAI, CAROSAI, EUROSAI und der PASAI wurden als Teilnehmer des Programms, das auf Französisch und Englisch veranstaltet wird, ausgewählt. Im April 2009, trafen Vertreter der IDI mit einer Expertengruppe der ORKB, DMFAS, UNITAR und der Weltbank in Tunesien zusammen, um den Lehrplan, die Inhalte und das Format des 8-wöchigen e-Learning-Kurses für die Prüfung von Staatsschulden festzulegen, der im Oktober und November 2009 für alle teilnehmenden ORKB durchgeführt werden wird.

Tagung zur Revision des Bedarfserhebungsleitfadens der IDI

Im April 2009 trafen die für die Durchführung von Bedarfserhebungsprogrammen in allen Regionalorganisationen der INTOSAI verantwortlichen Programmleiter und Beauftragte für institutionelle Stärkung der IDI in der norwegischen Hauptstadt Oslo zusammen. Ziel dieser Tagung war es, die im Laufe dieser Programme gemachten Erfahrungen zu nutzen, den Bedarfserhebungsrahmen und das Bedarfserhebungsinstrumentarium der IDI zu überprüfen und ein Handbuch für Bedarfserhebung zu verfassen. Das Handbuch wird in der zweiten Hälfte 2009 veröffentlicht und der INTOSAI Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

IDI/ASOSAI: Blended-Learning-Programm für Schulungsleiter

Die IDI und die ASOSAI starteten 2008 ein Blended-Learning-Programm für Instruktoren, um das regionale Schulungsnetz zu stärken und eine neue Gruppe von diplomierten Schulungsleitern der IDI auszubilden. Nach Abschluss des Kursgestaltungs- und -entwicklungsworkshops und der Online-Praktikumsphase, trafen die 37 Teilnehmer im Mai 2009 erneut in China zusammen, um den letzten Programmpunkt, einen 3-wöchigen Workshop über Schulungstechniken, zu absolvieren. Während des Workshops wurden den Teilnehmern Schulungskennnisse und Kenntnisse zur Durchführung anderer Kompetenzausbauaktivitäten vermittelt.

IDI UPDATE



IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website: www.idi.no.

IDI/OLACEFS: Bedarfserhebungsprogramm

Im Jahr 2008 führten die IDI und die OLACEFS ein Bedarfserhebungsprogramm für den Ausbau von Sachkompetenzen innerhalb der Regionalorganisation durch. Aufgrund des großen Interesses an diesem Programm wurde es 2008 und 2009 zweimal veranstaltet. Im Juni 2009 nahmen Bedarfserhebungsteams aus der zweiten, 8 ORKB umfassenden Gruppe in Ecuador am Bedarfserhebungsworkshop teil. Im Anschluss an den Workshop werden die Teams in ihren ORKB eine institutionelle Bedarfserhebung durchführen und danach Ende 2009 an einer Revisionstagung teilnehmen, um Feedback zu ihren Berichten zu erhalten.

IDI/CAROSAI: Qualitätssicherungsprogramm für Prüfungen der Rechnungsführung

Eine Gruppe von Schulungsleitern und Mitarbeitern der IDI traf im Juni 2009 in Antigua zusammen, um einen 8-tägigen Workshop zu entwickeln und zu gestalten, der den nächsten Schritt im Qualitätssicherungsprogramm für Prüfungen der Rechnungsführung der IDI und der CAROSAI darstellen soll. Der Workshop soll 2009 durchgeführt werden.

IDI/OLACEFS: Blended-Learning-Programm für Schulungsleiter

Mitarbeiter und regionale Kursleiter der IDI trafen im Juni 2009 in Ecuador zusammen, um das nächste Blended-Learning-Programm, das 2010 stattfinden soll, zu planen.

IDI/ARABOSAI: Workshop für Gruppenprozessvermittlung

Mitarbeiter und regionale Experten der IDI tagten im Juni 2009 in Syrien, um die Kursunterlagen für den Workshop für Gruppenprozessvermittlung der IDI/ARABOSAI, der Ende 2009 veranstaltet werden soll, zu entwickeln und gestalten.

Kontakte der IDI mit der INTOSAI Gemeinschaft

Vertreter der IDI haben in den letzten Monaten an den folgenden Veranstaltungen teilgenommen und über ihre Aktivitäten berichtet: an der Präsidiumstagung der AFROSAI-E (Sambia), der Tagung der INTOSAI Arbeitsgruppe für die IT-Prüfung (Katar), der VI. OLACEFS/EUROSAI Konferenz (Venezuela) und der Tagung des Steuerungskomitees des INTOSAI Komitees für Fachliche Normen (Brasilien).

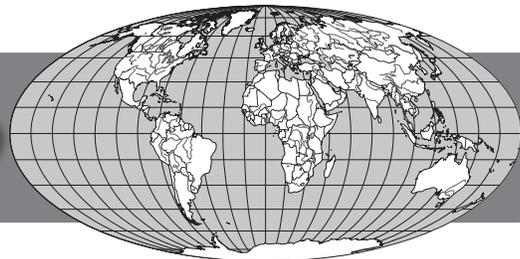
Kontaktadresse der IDI

Nähere Informationen sind bei der IDI erhältlich:

E-mail: idi@idi.no

Website: www.idi.no

INTOSAI Veranstaltungen 2009



Juli	August	September
<p>14.-16. Sitzung der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche und Korruption, Jakarta, Indonesien, Jakarta, Indonesien</p> <p>20.-24. PASAI Kongress, Palau</p>	<p>3.-6. 8. Treffen des Steuerungskomitees der Arbeitsgruppe Umweltprüfung, Bali, Indonesien</p>	<p>DWB 1. Sitzung des Komitees für Austausch von Wissen, Seoul, Korea</p> <p>17.-18. Sitzung der Ad-hoc Gruppe Qualitätskontrolle von Prüfungen, London, Vereinigtes Königreich</p>
Oktober	November	Dezember
<p>4.-10. XIX. Generalversammlung der OLACEFS, Asunción, Paraguay</p> <p>12.-14. XI. Generalversammlung der ASOSAI, Islamabad, Pakistan</p> <p>12.-14. Treffen des Unterkomitee für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung, London, Vereinigtes Königreich</p> <p>28.-29. Professional Standards Committee/EUROSAT ISSAI Awareness-raising Seminar, Warschau, Polen</p>	<p>16.-18. 59. Tagung des Präsidiums der INTOSAI, Kapstadt, Südafrika</p>	

DWB = Datum wird noch bekanntgegeben

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppe.

INTOSAI

